Heft Nummer 74
17. Jahrgang
Einzelpreis Euro 5,-

Mehr Demokratie e.V.

2/07
April-Juni 2007

mehr demokratie

! Zeitschrift für Direkte Demokratie

Europa:
Alternative Berliner Erklärung

Hamburg:
Erfolg für Volksbegehren!

Privatisierung:
Ausverkauf für Demokratie?

Vorschläge für eine demokratische EU

Mitgliederversammlung
Ortsverlegung
28.4. Kassel

Inhalt

Aktuelles

4 **Notizen aus den Bundesländern**

5 **Tagungen rund um die Demokratie**

Bundesländer

6 ERFOLG **Hamburg: Wie der Staat seine Bürger unterschätzte...** Angelika Gardiner

7 REPORT **Als Polittourist in Hamburg.** Ronald Pabst

9 **NRW: Volksinitiative zum Wahlrecht gestartet.** Alexander Slonka

9 **NRW: Volksbegehren zu Gentechnik und Nichtrauchen.**

10 **Thüringen: Volksbegehren für mehr kommunale Demokratie.** Ralf-Uwe Beck

Blickpunkt

11 **Volksentscheid-Ranking 2007 erschienen.** Claudia Löhle

12 **Privatisierung: Ausverkauf für Demokratie?** Percy Vogel

Europa

14 REPORT **Berlin: Auftakt zur EU-Kampagne....** Franziska Bock / Karin Flothmann

15 **Konferenz „Europa - nicht ohne uns"** Erhard O. Müller

16 **Alternative Berliner Erklärung**

17 **50 Jahre europäisierter Entdemokratisierung.** Karl Albrecht Schachtschneider

20 **Europäische Union: Ziele, Chancen, Gefahren** Hans Herbert von Arnim

23 **Europa - nicht ohne uns!** Positionen von Mehr Demokratie

25 **Schlussaktion an der Siegessäule.** Franziska Bock

MD intern

26 **MD-Jahrestagung 2007 zum Thema „Demokratie & Wirtschaft"**

28 **Brüssel - das Herz Europas:** Ausflug zur EU

29 **MD-Mitgliederversammlung am 28. April: Ort geändert!**

OMNIBUS

30 **Hamburg: Die Demokratie schläft nie**

31 **„Volksabstimmung für Einkommen"**

Service

32 **Rezensionen.** Direkte Demokratie, Bürgerhaushalt u.a.

33 **Leserforum.** Alternativen zum Mehrheitswahlrecht...

34 **Demokratiebedarf / Buchversand**

35 **Ansprechpartner** und Service-Adressen

6 Hamburg: erfolgreiche Volksbegehren!

Der CDU-geführte Hamburger Senat hatte seine Bürger unterschätzt: Die Volksbegehren für die Erweiterung der Demokratie waren erfolgreich!

14 Berlin: Auftakt zur EU-Kampagne

Die alte EU-Verfassung wurde sympolisch zerschlagen und durch eine demokratische neue ersetzt.

15 Europa: nicht ohne uns!

Die internationale Konferenz „Europa - nicht ohne uns" verfasste eine Alternative Berliner Erklärung

Belegte Ohren...

Während ich diese Einführung in das neue Heft schreibe, gehen meine Gedanken zu meiner Tochter. Sie hört schlecht. Seit Jahren. Vor Tagen war ich mit ihr beim Ohrenarzt. Ihre Ohren sind in Ordnung, genau wie das Gehirn. Verlegt, verstopft sind nur die Wege, die das Innenohr belüften sollen. Das beeinträchtigt mittlerweile auch die Intelligenzentwicklung. Der Arzt empfahl eine Operation.

Heute war die Operation. Es hat wehgetan, aber sie hat es überstanden. Bald wird es ihr besser gehen.

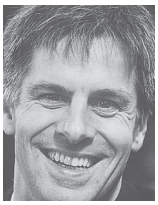
Mit dem Hören ist das auch in der Politik so eine Sache. Wo es schwach ausgebildet ist, beeinträchtigt es die Intelligenzentwicklung. Und wo die Intelligenz fehlt, fehlt es bald an allem. Die Resultate kann man in den Zeitungen verfolgen.

Anfang des Jahres war ich zu Sabine Christiansen eingeladen. Unter den Gästen war auch der Ministerpräsident des Saarlandes, Müller. Er sprach sich ganz arglos für mehr Bürgerbeteiligung und Volksentscheide aus. Also forderte ich ihn vor laufenden Kameras auf, das zu beweisen – indem er zuhause damit Ernst mache. Bisher nämlich hat das Saarland die bürgerfeindlichste Regelung von allen Bundesländern.

Wollen Sie wissen, was geschah?

Direkt nach der Sendung stellte ich klar: das war Ernst, keine Show. Ich werde da nicht lockerlassen. Also: Wann machen wir einen Termin? Wir verabredeten zwei Gespräche – eines über Reformen im Saarland und eines über Unterstützung für den bundesweiten Volksentscheid. Unmittelbar nach der Sendung griffen SPD, Grüne und FDP das Thema auf und brachten entsprechende Entwürfe ein. Inzwischen haben Michael Efler und ich mit dem Ministerpräsidenten und allen im Landtag vertretenen Parteien Gespräche über eine umfassende Reform geführt.

Ach, würden doch alle so gut hören! Oder lag es nur an den Millionen stummer Zeugen? Wer völlig belegte Ohren zu haben scheint, ist die EU. Der elitäre, wenig demokratische Verfassungsentwurf ist nach EU-Regeln längst gestorben. Trotzdem versucht man ihn zu reanimieren. „Europa – nicht ohne uns!" rufen wir. Aber noch scheint niemand zu hören. Ich wünsche der EU die gleiche Operation wie meiner Tochter. Auch wenn es weh tut...



Mit herzlichen Grüßen,
Gerald Häfner

Impressum

Herausgeber:
Mehr Demokratie e.V.
Jägerwirtstraße 3
81373 München
tel.: 089-821 17 74
fax: 089-821 11 76
email: info@mehr-demokratie.de

Verlag:
Demokratiebedarf e.V., Jägerwirtstr. 3, 81373 München

Redaktion:
Erhard O. Müller (V.i.S.d.P.)

Redaktionsanschrift:
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
tel.: 030 - 4208 2370
fax: 030 - 4208 2380
email: zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement:
jährlich Euro 18,- ermäßigt Euro 10,- für vier Ausgaben per annum. Für Mitglieder von Mehr Demokratie e.V. ist der Abopreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Auflage:
4.500 Exemplare

Anzeigen:
Preisliste Nr. 4 vom 1.1.2002

Druck:
100% Recyclingpapier

Konto:
Mehr Demokratie, BfS München, Kto-Nr. 8858105, BLZ 70020500

Kleingedrucktes:
Nachdruck frei. Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss:
Für Heft 3/2007: 10.6.2007

aktuelles rund um die direkte demokratie...

HAMBURG
Erfolg für beide Volksbegehren

Es ist offiziell: Die beiden Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid" und „Stärkt den Volksentscheid" waren erfolgreich. Mehr als 100.000 Hamburgerinnen und Hamburger haben bis zum 5. März per Briefwahl oder direkt auf dem Amt für die beiden Volksbegehren votiert. Unklar ist nun noch, wann der Volksentscheid zu den beiden Volksbegehren stattfinden wird. Mittlerweile hat der Hamburger Senat das eine Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid" übernommen. Das Volksbegehren „Stärkt den Volksentscheid" (bei dem es um die Verbindlichkeit von Volksentscheiden geht) wird möglicherweise bereits im Herbst 2007 stattfinden. *(siehe auch Seite 6)*

NRW
Bald mehr Demokratie beim Wählen?

Am 21. März startete vor dem Düsseldorfer Landtag in Nordrhein-Westfalen die Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen". In Zukunft sollen danach die Bürger bei Kommunalwahlen die von ihnen favorisierten Kandidaten gezielt auswählen können. Dazu sollen sie so viele Stimmen bekommen, wie der jeweilige Gemeinderat Sitze hat. Diese Stimmen können die Wähler auf Mandatsbewerber verschiedener Parteien verteilen und bis zu drei Kreuze bei einem Kandidaten machen. Wie bisher sollen die Wähler aber auch die Möglichkeit haben, den Listenvorschlag einer Partei mit nur einem Kreuz bestätigen zu können. Durch dieses „Kumulieren und Panaschieren" genannte Wahlrecht können die Wähler die Reihenfolge der Kandidaten auf den Vorschlagslisten der Parteien noch einmal ändern. Die Volksinitiative wird von einem breiten politischen Bündnis unterstützt. Hauptunterstützer sind die Freien Wähler, die Jungen Liberalen und die Grüne Jugend. Auch prominente Einzelunterstützer kann das Bündnis vorweisen. Anhänger des bereits in 13 Bundesländern verankerten Wahlrechts ist so etwa der frühere SPD-Vorsitzende und Bundesinnenminister Hans-Jochen Vogel. *(siehe auch Seite 8)*

Sogar Blondinen können Kumulieren! Mehr dazu auf Seite 8!

SAARLAND
Landtag berät erstmals Bürgerbeteiligung

Erstmals hat der saarländische Landtag Anfang Februar Vorschläge zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung nicht in Bausch und Bogen abgelehnt. Entsprechende Gesetzesentwürfe der drei Oppositionsparteien Grüne/Bündnis 90, SPD und FDP sehen Erleichterungen bei der Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheiden im Saarland vor. In erster Lesung wurden diese Entwürfe zusammen mit einem eilends nachgereichten Gesetzentwurf der CDU in die entsprechenden Ausschüsse zur weiteren Beratung verwiesen. Dies geschieht erstmals im Saarland des Peter Müller (CDU). Die Debatte im saarländischen Landtag wurde von Mehr Demokratie angestoßen. Denn Anlass für die neuen Gesetzesentwürfe war eine Äußerung des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller in einer Fernsehdiskussion zu Beginn des Jahres. Müller hatte bei „Sabine Christiansen" auf einen Hinweis von Gerald Häfner reagiert und gemeint, er könne sich Erleichterungen bei der saarländischen Volksgesetzgebung vorstellen.

BREMEN
Bürgeraufruf zur Landtagswahl

Die einzige Landtagswahl im Jahre 2007 findet am 13. Mai in Bremen statt. Mehr Demokratie in der Hansestadt sammelt daher zur Zeit Unterschriften für einen Bürgeraufruf. Die Abgeordneten sollen zu einer Reform der Volksgesetzgebung aufgefordert werden. Parallel wird zu diesem Thema eine Umfrage unter den Kandidaten zur Bürgerschaftswahl durchgeführt.

BREMEN
Kandidatenwatch vor der Wahl

Im Vorfeld der Bremer Bürgerschaftswahl können auch die Bremerinnen und Bremer ihr politisches Personal auf Herz und

Nieren prüfen. Seit dem 26. März können sie unter *www.kandidatenwatch.de* ihren Bürgerschafts-Kandidaten bis zum Wahltag am 13. Mai Fragen stellen. Die Antworten werden auf der Internetseite veröffentlicht, so dass sich jeder ein Bild von den Bremer Kandidat/innen machen kann.

BADEN-WÜRTTEMBERG
Bündnis für mehr Demokratie wächst

Neben den beiden Oppositionsparteien SPD und Bündnis90/Die Grünen unterstützt nun auch der BDKJ und das Evangelische Jugendwerk Württemberg das baden-württemberger Bündnis für mehr Demokratie. Das Bündnis will mit einem Volksbegehren in Baden-Württemberg die Regeln für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide verbessern und sie bürgerfreundlicher gestallten.

BADEN-WÜRTTEMBERG
Postkartenaktion zur Wahlrechtsreform

Die vier Landtagsfraktionen wollen in dieser Legislaturperiode eine Wahlrechtsreform vornehmen. Mehr Demokratie begrüßt diese Initiative und fordert mit einer Postkartenaktion, bei den anstehenden Änderungen den Einfluss der Bürger und Bürgerinnen bei Wahlen zu stärken. Mehr Infos zur Postkartenaktion unter *www.mitentscheiden.de*

DEUTSCHLAND
Direkte Demokratie im Test

Zum zweiten Mal legte Mehr Demokratie im Februar ein „Volksentscheid-Ranking" der 16 Bundesländer vor. Für diesen Demokratie-Test wurden die Gesetze für kommunale Bürgerentscheide und landesweite Volksentscheide in den Ländern unter die Lupe genommen und verglichen. Im Vergleich zum ersten Ranking aus dem Jahr 2003 ist die direkte Demokratie in den Bundesländern ein kleines wenig bürgerfreundlicher geworden. Fortschritte sind in der Regel aber nur in kleinen Schritten messbar. Einzig das Land Berlin hat einen riesigen Sprung in die direkte Demokratie gewagt: 2003 landete Berlin beim Volksentscheid-Ranking noch auf dem 16. und damit letzten Platz. Vier Jahre später hat die Bundeshauptstadt den Sprung an die Spitze geschafft. Erreichen konnte Berlin dies mit Hilfe einer sehr bürgerfreundlichen Regelung auf der Bezirksebene. Den letzten Platz im Ranking belegt das Saarland, aber auch Baden-Württemberg, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern schneiden nur mit einem „mangelhaft" ab.

Das Ranking kann bestellt werden bei:
Mehr Demokratie, Josef Högl
Jägerwirtstr. 3, 81373 München

Als Download findet sich das Ranking unter:
http://mehr-demokratie.de/ranking.html

EUROPA
Nicht ohne seine Bürger

„Europa: Nicht ohne uns!" unter diesem Motto startete am 7. März eine Kampagne für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Mit Hilfe einer Mauer wurde die alte EU-Verfassung vor dem Brandenburger Tor aufgebaut. Eine Verfassung, die schon von den Bürgerinnen und Bürgern Frankreichs und der Niederlande abgelehnt wurde. Diese Mauer bearbeitete Michael Efler vom MD-Bundesvorstand schwungvoll mit dem Vorschlaghammer und ließ sie einstürzen. Neben der alten undemokratischen Verfassung tauchte die neue EU-Verfassung auf. Sie wird von einem demokratisch ge-

wählten neuen Konvent ausgearbeitet. Alle Bürgerinnen und Bürger der EU sollen in einer europaweiten Volksabstimmung diese neue EU-Verfassung legitimieren.
Dem Auftakt zur Europa-Kampagne folgte am 23.-25. März der **Kongress „Europa: Nicht ohne uns!"** Während sich zeitgleich Europas Staats- und Regierungschefs in der Hauptstadt trafen, um den 50. Jahrestag der Römischen Verträge zu feiern, debattierten Politiker und Aktivisten aus über 15 europäischen Ländern drei Tage lang über Europas Zukunft. *(mehr dazu ab Seite 15)*

JAHRESTAGUNG 2007
Demokratie & Wirtschaft - ein delikates Wechselverhältnis

Das schwierige wechselseitige Verhätnis zwischen Demokratie und Wirtschaft ist Thema der nächsten Jahrestagung von Mehr Demokratie: Einerseits ist das marktwirtschaftliche System bislang das einzige, in dem Demokratie dauerhaft gewährleistet werden konnte – andererseits stehen die Regeln einer am Profit orientierten Wirtschaft den Ansprüchen einer am Allgemeinwohl und an weitgehender Selbstbestimmung orientierten Demokratie oft entgegen. Die Jahrestagung 2007 von Mehr Demokratie e.V. möchte dieser komplexen Wechselwirkung und ihren verschiedenen Aspekten auf den Grund gehen. *Zeit & Ort: 13.-15. Juli 2007 (Freitag bis Sonntag), Tagungshaus Hainstein, Am Hainstein 16, Eisenach (siehe auch Seite 26)*

Dann gingen auch noch die Stimmzettel aus...

Volksbegehren in Hamburg: Wie der Staat seine Bürger unterschätzte

REPORT

VON ANGELIKA GARDINER, HAMBURG

Es war ein Kraftakt, der zum Schluss ganz leicht aussah: Obwohl nur Amts- und Briefeintragung erlaubt war (was fast überall der sichere Weg in den Misserfolg ist), schafften zwei zeitgleiche Hamburger Volksbegehren scheinbar locker den Sprung über alle Hürden. Das Bündnis "Rettet den Volksentscheid" hatte sich für die beiden Ziele eingesetzt: In der Verfassung der Hansestadt soll künftig stehen, dass Volksentscheide für Regierung und Parlament verbindlicher sind als heute. Und Volksabstimmungen sollen wieder so unbürokratisch stattfinden wie früher, bevor die Hamburger CDU im Jahr 2005 per Gesetz und Durchführungsverordnung die direkte Demokratie abzuwürgen versuchte.

Die Volksbegehren vom 13.2. bis 5.3.2007 endeten mit einem deutlichen Signal an den Senat: Die Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht einfach entmündigen. 100.000 Unterschriften für jedes der beiden Volksbegehren „Hamburg stärkt den Volksentscheid" und „Rettet den Volksentscheid" – damit hatte kaum jemand gerechnet. Es hätten noch weit mehr sein können, wenn nicht Innenstaatsrat Ahlhaus schon vier Tage vor dem Ende der Eintragungsfrist öffentlich verkündet hätte, dass die Mindestzahl von 60.747 Stimmen erreicht sei. Senat und Bürgerschaftsmehrheit hatten dem Bündnis viele Steine in den Weg gelegt, von der Amtseintragung mit derart spärlichen Öffnungszeiten, dass Berufstätige kaum teilnehmen konnten, bis zur Portopflicht für die Briefeintragung. „Dies ist ein staatliches Verfahren", teilte das Landeswahlamt kurz und knapp mit – gerade so, als hätten die beiden Volksbegehren überhaupt nichts mit der Initiative zu tun.

Chaos von Amts wegen

Während der dreiwöchigen Eintragungsfrist stellte sich allerdings heraus, dass dieses „staatliche Verfahren" erhebliche Mängel aufwies. Beantragte Briefwahlunterlagen kamen nicht oder gleich doppelt und dreifach an, entnervte Behördenmitarbeiter gaben falsche Auskünfte. Der amtliche Begleittext war so missverständlich, dass viele dachten, sie müssten das Formular auseinander schneiden. Einige Amtsleiter entschieden schließlich auf eigene Faust, die Öffnungszeiten zu verlängern.

Doch das Chaos nahm kein Ende. Am letzten Wochenende der Eintragungsfrist waren manche Amtsbriefkästen so voll, dass Leute, die ihre ausgefüllten Briefwahlunterlagen einwerfen wollten, keine Chance hatten. Und im Bezirksamt Hamburg-Mitte gab es eine halbe Stunde vor dem Ende der Eintragungsfrist keine Stimmzettel mehr. Es war ganz offensichtlich: Mit einem solchen Andrang hatte die Verwaltung nicht gerechnet. Sie musste Zeitarbeitskräfte anheuern, und am Ende zahlte die Behörde sogar eine Prämie von 50 ct pro ausgezählter Stimme, denn der Senat brauchte ein schnelles Ergebnis. Nur zwei Tage später, und der Termin für die nächste Stufe, den Volksentscheid, wäre der Tag der Bürgerschaftswahl 2008 gewesen. Jetzt findet der Volksentscheid, für den noch weit mehr Stimmen

gebraucht werden, voraussichtlich an einem Sonntag im kommenden Herbst statt.

Demokratie ist dem Volk nicht gleichgültig

Dass die beiden Volksbegehren so erfolgreich waren, ist auch ein Lehrstück für alle Zweifler: Dem Volk ist die Demokratie eben nicht gleichgültig. Da waren nicht bloß ein paar Aktivisten am Werk. Die Zustimmung in der Bevölkerung war überall in der Stadt zu spüren, auch die Medien spielten mit. Noch nie zuvor gab es in Hamburg so ein breites Unterstützerbündnis. Von attac bis Zukunftsrat machten viele mit, kleine Stadtteilinitiativen, Vereine, Verbände, Oppositionsparteien, alle Gewerkschaften - und Mehr Demokratie sowieso.
Zahlreiche kreative Köpfe entwickelten phantasievolle Aktionen und zogen sie durch. Das reichte von selbst gestrickten Pulswärmern in Mehr-Demokratie-Farben bis zu witzigen Kinospots und Infoscreens in der U-Bahn. Auch beim viel beachteten Karnevalsumzug im Stadtteil Wilhelmsburg war das Bündnis deutlich sichtbar vertreten. Niemand versuchte, sich auf Kosten der anderen zu profilieren – allein das ist schon ein kleines Wunder im politischen Raum.
Dieser Zusammenhalt wird noch gebraucht werden – wenn der kommende Volksentscheid tatsächlich nicht am Wahltag stattfindet, wird auch das kein Spaziergang!

Angelika Gardiner ist Mitglied des Hamburger Landesvorstands von Mehr Demokratie e.V.

In Hamburg auch wieder dabei: der Omnibus für direkte Demokratie in Deutschland.

Ein ausführlicher Bericht über die Aktion findet sich im taz-Blog von Mehr Demokratie: http://taz.de/blogs/mehrdemokratie/

Als Polittourist in Hamburg...

Politische Arbeit kann - überraschenderweise - auch großen Spaß machen. Ronald Pabst berichtet über seinen Aktionsurlaub in Hamburg.

Aktionsurlaub? Ich? Als ich zum ersten Mal das Wort „Aktionsurlaub" im Zusammenhang mit Mehr Demokratie hörte, konnte mich das Konzept nicht überzeugen. Urlaub, das ist wenn man nette Leute trifft, Spaß hat und Abenteuer erlebt. Kurz und gut: all das, was ich gemeinhin nicht mit politischen Aktivitäten in Zusammenhang bringen konnte.
Erst ein Foto vom bayerischen Richtervolksbegehren brachte dieses Weltbild ins Wanken. Neben dem Aktionsmobil saßen ein paar Menschen im Gras und... lachten. Vielleicht macht das ja doch Spaß...
In Thüringen habe ich das dann zum ersten Mal ausprobiert. Und auch in Hamburg war ich 2003 beim Wahlrechts-Volksbegehren aktiv. Man kommt mit den Bürgern in Kontakt, sieht viel von Stadt und Land, erlebt abstruse Geschichten und lernt nette Menschen kennen.

Mehr Bürokratie in Hamburg

Bei Hamburger Volksbegehren zum Wahlrecht durften die Interessenten direkt unterschreiben. Das nennt man freie Sammlung. Vor der Unterschrift gab es meistens ein

Gespräch über das Thema. Diese freie Sammlung hat der CDU-Senat nun verboten. Als Ersatz wurde die umständliche Briefeintragung eingeführt. Bei der Sammlung wurde nun kaum noch über die Inhalte gesprochen. Die meiste Zeit war ich damit beschäftigt, diese Verfahren zu erklären. Und so wurde in den Gesprächen Inhalte durch Formalia ersetzt, Demokratie durch Bürokratie. Aber der Großteil der Hamburgerinnen und Hamburger wussten ohnehin schon, worum es ging. Die freie Sammlung sollte wieder eingeführt werden. Das zweite Ziel unserer Kampagne war es, Volksentscheide endlich verbindlich zu machen.

Politiktouristen...

Gesammelt habe ich mit einem tollen Team aus der ganzen Republik. Über 100 Menschen haben in Hamburg geholfen - manche ein paar Tage, andere ganze Wochen. Diese bundesweite Solidarität ist mittlerweile ein guter Standard bei Mehr Demokratie. Und die auswärtigem Sammler hoffen auf positive Rückwirkungen auf ihre

Mehr-Demokratie-Mobil auf dem Weg zum Straßenkarneval: Jede Gelegenheit zum Sammeln wurde genutzt.

Melchior Wagner bei einer Sammelpause...

viel Freizeit zu opfern. Dass sie dabei auch Spaß und Abenteuer erleben – was ist verkehrt daran?"

Alte Bekannte, neue Freunde

Mir schenkte die Aktion aber somit ein neues Wort: Polittourist. Und ich habe viele alte Bekannte wiedergesehen und neue Freunde kennen gelernt. Also alles, was zu einem guten Urlaub gehört. Das Aktionscamp wurde von Kurt Wihelmi vom Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland großartig organisiert (Danke!).
Übrigens: Die nächste Gelegenheit für einen Aktionsurlaub gibt es in NRW. Wir planen ein Aktionscamp in Köln. Außerdem wird es Gelegenheit geben, Etappen bei einer Sammel-Radtour mitzufahren. Weitere Infos auf der Kampagnenhomepage: *http://www.neues-wahlrecht.de*

Heimat-Bundesländer. Die lebhafte direktdemokratische Praxis in der Hansestadt ist ja ein Vorbild für alle. Die Hamburger CDU wurde nervös. Dies gipfelte in einem rüden Foulspiel: Unsere Aktions-Urlauber wurden in einer Pressemitteilung als „herumreisende Polittouristen" beschimpft. MD-Landesvorstandsmitglied Angelika Gardiner schrieb dazu: „Vermutlich hätte die CDU das auch gerne: So viele junge, idealistisch eingestellte Mitglieder, die über Wochen hinweg selbst bei Kälte und Regen freiwillig und unbezahlt einspringen, wenn es irgendwo um die Sache der Demokratie geht. Wir jedenfalls sind stolz auf unsere Aktionsurlauber, denen der Zustand unseres Gemeinwesens wichtig genug ist, um dafür

Polittourist Ronald Pabst arbeitet im normalen Leben im MD-Büro NRW

Abends wurde die Rückhand trainiert... in ausgiebigen Runden beim Kickern.

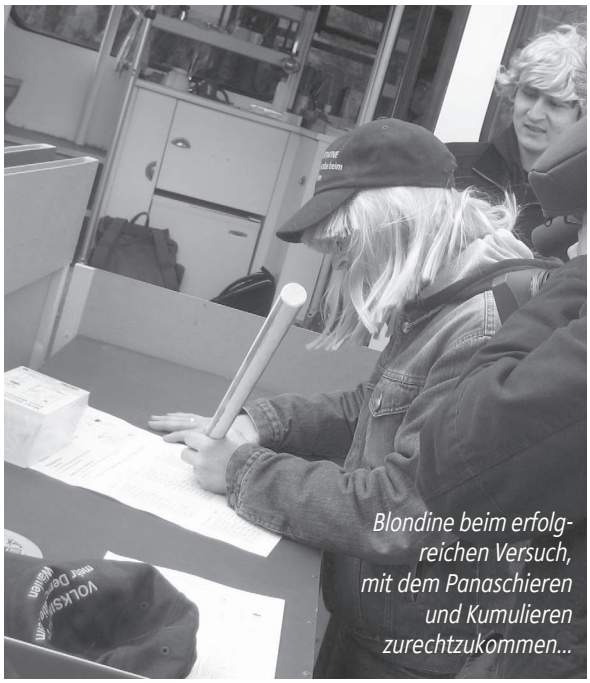
„Nicht zu blond zum Wählen...“

Volksinitiative für eine Wahlrechtsreform in NRW gestartet

Am 21.3.2007 war es endlich soweit: Nach mehrmonatigen Vorbereitungen, welche mit einer großen Zahl an Bündnisgesprächen, der Erstellung von Material und Gesetzentwurf und diversen Planungsrunden prall gefüllt waren, hat Mehr Demokratie in NRW mit einer Auftaktaktion vor dem Düsseldorfer Landtag die Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen“ gestartet.
Die Unterschriftensammlung begann vor dem Düsseldorfer Landtag mit einer "Blondinen-Aktion". Mit großen Stiften machten die mit echtem oder falschem Blondhaar ausgestatteten Aktivisten auf Riesen-Wahlzetteln Kreuze bei ihren Lieblingskandidaten. Damit sollte ironisch die Behauptung von Politikern aufs Korn genommen werden, die Einführung des Kumulierens und Panaschierens sei zu kompliziert. Mit einer solchen Wahlrechtsänderung erhielten Bürger die Möglichkeit, mehrere Stimmen auf einen Kandidaten zu konzentrieren oder auch auf Mandatsbewerber verschiedener Parteien zu verteilen. So könnte auch die Reihenfolge der aussichtsreichsten Kandidaten auf den Vorschlagslisten der Parteien geändert werden.
Nachdem die Düsseldorfer Landesregierung ihre Wahlversprechen in dieser Legislaturperiode nicht mehr wahr machen und die Reform des Kommunalwahlrechts auf die lange Bank schieben will, kommt unsere Volksinitiative zum richtigen Zeitpunkt. Wenn wir Erfolg haben, werden sich die Landtagsabgeordneten mit unserem Vorschlag beschäftigen und erklären müssen, warum alte Wahlversprechen nicht mehr gelten. Auf mangelnde oder schlechte Erfahrungen in anderen Bundesländern werden sie dabei kaum verweisen können. Schließlich wird in 13 von 16 Bundesländern seit teilweise 60 Jahren kumuliert und panaschiert.
Das große Ziel: 66.152 Unterschriften. Obwohl die gesetzlichen Regelungen keine Frist vorsehen, wollen wir die notwendigen Unterschriften bis zum Sommer gesammelt haben. Eine große Hilfe ist dabei der Omnibus für Direkte Demokratie, der bis Mitte Mai durch NRW touren wird. Die auf der Tour liegenden Städte finden Sie auf der Kampagnenseite **www.neues-wahlrecht.de**

Und auch Sie können uns helfen!

Ab Mitte Mai wird die Möglichkeit bestehen, für einige Tage oder Wochen als Aktionsurlauber bei der Sammlung im Kölner Aktionscamp zu helfen. Wenn Sie unsere Initiative einige Tage oder sogar eine oder mehrere Wochen als Sammler unterstützen wollen, rufen Sie uns im Kölner Büro unter 02203/59 28 59 an. *Alexander Slonka*



Blondine beim erfolgreichen Versuch, mit dem Panaschieren und Kumulieren zurechtzukommen...

Volksinitiative zur Gentechnik

Schon seit dem 29. August 2006 läuft in Nordrhein-Westfalen die Volksinitiative für den gesicherten Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen. Die Landesregierung wird mit der Volksinitiative aufgefordert, bei der Umsetzung des dritten Gesetzes zur Änderung des Gentechnikgesetzes, welches aufgrund der EU-Richtlinie 2001/18/EG zum Tragen kommen soll, die Artikel 29 (Siedlungswesen) und Artikel 29 a (Umweltschutz) der Landesverfassung zu berücksichtigen. Träger ist der Arbeitskreis Grüne Gentechnik NRW.
Nach Angaben der Initiatoren der Volksinitiative führen ausländische Saatgutkonzerne bereits seit mehreren Jahren in NRW Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Organismen durch. Bisher sei die Öffentlichkeit weder über die Versuche noch über deren Ergebnisse informiert worden. Durch die Anwendung der Gentechnik im landwirtschaftlichen Bereich stünden die Existenzen konventioneller Bauern und von Bio-Bauern auf dem Spiel. Die Gesundheit der Verbraucher sei gefährdet, diese könnten bei ihren Einkäufen mangels Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderte Lebensmittel nicht meiden. Der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen soll mit dieser Volksinitiative Einhalt geboten werden. Damit der Landtag sich mit dem Anliegen befasst, müssen die Initiatoren rund 66.000 Unterschriften sammeln.

www.nrw.mehr-demokratie.de/vi-gentechnik.html

Volksbegehren „Nichtraucherschutz in Gaststätten“

Die Initiatoren des Volksbegehrens „Nichtraucherschutz in Gaststätten“ in NRW wollen erreichen, dass in Gaststätten

im Sinne des § 1 des bisherigen Bundesgaststättengesetzes das Rauchen in geschlossenen Räumen vollständig verboten wird. Verstöße gegen dieses Verbot sollen mit einer Geldbuße von bis zu 5.000 Euro geahndet werden. Die Befürworter dieses Rauchverbots argumentieren, dass das Einatmen von Tabakrauch Leben und Gesundheit auch von Personen gefährde, die selber nicht rauchten (Passivraucher). Tabakrauch und seine Rückstände enthielten eine Vielzahl hochgiftiger und krebserregender Stoffe. Diese könnten weder durch Lüften oder Filtern, noch durch andere technische Maßnahmen aus Räumen, in denen geraucht wird oder geraucht worden ist, vollständig beseitigt werden. Zum Schutz der Gesundheit seiner Bürger sei der Staat deshalb aufgerufen, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Für ein Volksbegehren müssen im ersten Schritt mindestens 3.000 gültige Unterschriften für den Zulassungsantrag gesammelt werden. Wird das Volksbegehren von der Landesregierung formal zugelassen, werden in den nordrhein-westfälischen Rathäusern acht Wochen lang Unterschriftenlisten zur Eintragung ausgelegt. Dann müssen sich mindestens acht Prozent der Stimmberechtigten des Landes (rund 1 Million Bürger) in die Listen eintragen, damit sich der Landtag mit dem Anliegen befasst. Lehnt das Parlament das Volksbegehren ab, kommt es zum Volksentscheid. Die Sammlung der Unterschriften für den Zulassungsantrag zum Volksbegehren hat am 29. Januar begonnen.

www.nrw.mehr-demokratie.de/vb-nichtraucherschutz.html

Es geht wieder los...

Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ geplant

Zwischen Bayern und Thüringen liegen Welten – jedenfalls in Sachen direkter Demokratie auf kommunaler Ebene. Während in Bayern in den vergangenen zehn Jahren 1.380 Bürgerbegehren gestartet wurden, sind es in Thüringen gerade zwei Dutzend. In einer bayerischen Kommune kommt es alle 16 Jahre zu einem Bürgerbegehren, in einer Thüringer Kommune alle 500 Jahre. Woran liegt das? In Thüringen sind die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ungleich höher als in Bayern. Bayern ist Spitzenreiter unter den Bundesländern, Thüringen Schlusslicht.

Die meisten der ohnehin wenigen Bürgerbegehren in Thüringen scheitern bereits im Antragsstadium. Bürgerbegehren zu Bauleitplanungen – nicht zulässig. Bürgerbegehren zu Vermögensfragen – nicht zulässig. Bürgerbegehren zu Abgaben – nicht zulässig. Bürgerbegehren zu Satzungen – nicht zulässig. Zudem ist die Unterschriftenhürde für Bürgerbegehren unverschämt hoch – die höchste in Deutschland. Je nach Gemeindegröße müssen 13 bis 17 Prozent der Stimmberechtigten für ein erfolgreiches Bürgerbegehren unterschreiben, in Bayern nur 5 bis 10 Prozent.

Der Reformstau in Thüringen ist offensichtlich.

Dennoch ist eine parlamentarische Initiative des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen gemeinsam mit den Oppositionsfraktionen im Landtag, den Fraktionen von SPD und PDS, an der Mehrheit der CDU-Fraktion gescheitert. „Kein Reformbedarf. Die Erfahrungen aus dem Nachbarland Bayern spielen für uns keine Rolle“, hieß es aus den Reihen der Union.

Noch im November 2003 hatten alle Landtagsfraktionen, also auch die CDU, einstimmig (!) einer Reform der Volksbegehren, also einer Verfassungsänderung, zugestimmt. Diesmal die bockige Verweigerung. Damals war der parlamentarischen Initiative ein Volksbegehren vorausgegangen. Unterschrieben hatten fast 400.000 Menschen. Wie also ist auf die Ablehnung unseres Reformvorschlages durch die CDU zu reagieren? Aber ja doch, mit einem Volksbegehren. Wir sind mitten in den Vorbereitungen für unser Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“.

Der Gesetzentwurf ist schon fertig:

Bürgerbegehren sollen auch zugelassen werden über kommunale Bauleitplanungen, Kreditaufnahmen, Satzungen und auch über Abgaben, nicht aber über deren Einführung oder Abschaffung. Auch auf der Ebene des Landkreises sollen Bürgerbegehren möglich sein. Die Hürden für Bürgerbegehren sollen auf 7 Prozent gesenkt werden. Reformiert werden soll auch der bisherige Bürgerantrag, mit dem der Gemeinderat mit einem Thema befasst werden kann. Hier schlägt das Mehr Demokratie-Bündnis einen Einwohnerantrag vor: Maximal 300 Unterschriften sollen genügen; auch Jugendliche ab 14 Jahren sowie ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen unterschreiben können.

Nach den Plänen des Bündnisses soll die Unterschriftensammlung für den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens im Frühherbst starten. 5.000 Unterschriften müssen innerhalb von sechs Wochen für einen erfolgreichen Antrag gesammelt werden. Die „große“ Sammlung, bei der in vier Monaten mehr als 200.000 Unterschriften zusammenkommen müssen, ist für Frühjahr 2008 vorgesehen.

Die Menschen in Thüringen wissen noch wie sich das anfühlt, für ihre Bürgerrechte einzutreten. Und mit jeder Unterschrift werden sie markieren, dass Thüringen in Sachen direkter Demokratie ein Entwicklungsland ist. Es geht wieder los! – Und wir können jede Hilfe brauchen. *Ralf-Uwe Beck*

Der Autor ist Sprecher des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen und wohnt in Eisenach

Zweites Volksentscheid-Ranking

Berlin gibt den letzten Rang an das Saarland ab und setzt sich neben Bayern auf den ersten Platz. Ansonsten bleibt es wie gehabt: plebiszitäre Demokratie ist weiterhin ausbaufähig.

VON CLAUDIA LÖHLE, BERLIN

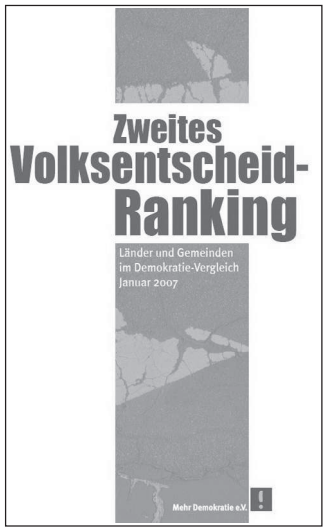
In seinem zweiten bundesweiten Demokratie-Test hat Mehr Demokratie nun erneut Schulnoten in Sachen Direktdemokratie verteilt. Die Ergebnisse sind ernüchternd. In keinem einzigen Bundesland können die Bedingungen für „gut" befunden werden. Der Durchschnitt liegt noch bei 4,0. Der Weg zum Volkentscheid ist in einigen Bundesländern zwar verfassungsrechtlich verankert, aber schlichtweg unpassierbar. Bei der Hälfte aller Länder wurden die Gesetze sogar verschärft. Dennoch gibt es Grund zur Hoffnung. Gerade das ehemalige Schlusslicht Berlin überlässt Platz 16 dem direktdemokratischen „Entwicklungsland" Saarland und steht heute neben Klassenprimus Bayern ganz oben auf der Rangliste.

Weiterhin Finanztabu

Beim Vergleich fiel insbesondere die Frage nach dem Themenausschluss ins Gewicht. Weiterhin verhindert das, in den meisten Bundesländern geltende „Finanztabu" die Durchführung von Volksbegehren, da kaum eine Sachfrage ohne finanzielle Auswirkung bleibt. Dabei hat eine Schweizer Studie gezeigt, dass sich *„Kantone mit einer hohen Anzahl effektiv durchgeführter Finanzabstimmungen durch eindeutig stärkere Wirtschaftsleistungen auszeichnen als Kantone mit einer geringen Beteiligung des Volkes bei fiskalischen Entscheidungen."*[1] Nach Meinung von „Mehr Demokratie" müssten sogar obligatorische Finanzreferenden eingeführt werden.
Bei Volksentscheiden sollte außerdem wie auch bei Wahlen nicht etwa die Enthaltung als Neinstimme gewertet werden, sondern der Mehrheitswille der Aktivbürger entscheiden. Wichtig ist auch, den Bürger bestmöglich und vor allem objektiv, zum Beispiel mittels Abstimmungsheften, zu informieren. Leider fällt die amtliche Aufklärung in vielen Bundesländern bisher nur sehr dürftig aus.

Moderate Verbesserungen

Auf Ebene der Bundesländer ist eine sehr moderate Verbesserung zu verzeichnen. Negativ ist das Land Hamburg aufgefallen. Durch den ignoranten Umgang mit den bisherigen Volksentscheiden ist es im Ranking um einen ganzen Notenpunkt abgerutscht. Mit den beiden soeben erfolgreich ausgegangenen Volksbegehren zur Stärkung von Volksabstimmungen haben die Hamburger ein deutliches Zeichen gegen die bisherigen Praktiken gesetzt.
In Hessen und im Saarland müssen es Initiatoren von Volksbegehren schaffen, die Einwohner innerhalb einer Frist von 14 Tagen zur Eintragung auf den Ämtern zu bewegen. Diese Hürde ist ohne enorme Ressourcenmobilisierung unmöglich zu überwinden. Darum ist in der Praxis in diesen beiden Ländern auch bisher kein einziger Volksentscheid zustande gekommen und nur sehr wenige Initiativen haben überhaupt den Anlauf gewagt. In dünn besiedelten Flächenländern wie Brandenburg erschwert vor allem das Erfordernis der Amtseintragung bei wenigen Eintragungsstellen den erfolgreichen Abschluss. Auch hier kam es trotz eines vergleichsweise niedrigen Unterschriftenquorums von 4% bis heute zu keinem Volksentscheid. Deshalb sollte besonders in diesen Ländern die Möglichkeit der freien Unterschriftensammlung ein-geführt werden. Positiv hervorzuheben ist die Entwicklung in Berlin, wo nun auch der Landeshaushalt und die Verfassung zum Thema gemacht werden können. Zudem sind demnächst weitere Verbesserungen, wie die freie Sammlung geplant.



Berlin holt massiv auf

Auf kommunaler Ebene sind die Bedingungen bis auf in Berlin, Baden-Württemberg und NRW entweder gleich gut/schlecht geblieben, oder sie haben sich wie in der Mehrzahl der Fälle leider noch verschlechtert. Den größten Sprung, von „ungenügend" auf „sehr gut", hat auch hier das Land Berlin gemacht. In den Bezirken gelten nach der Reform der Volksgesetzgebung letzen Jahres die bundesweit bürgerfreundlichsten Regelungen. Thüringen und Rheinland-Pfalz teilen sich dagegen den unrühmlichen letzten Platz. Beide Länder bekommen von Mehr Demokratie ein „ungenügend", da viele Themen generell ausgeschlossen werden und zudem für Bürgerbegehren relativ hohe Quoren erreicht werden müssen.
An Reformbedarf mangelt es also auch nach dem zweiten Volksentscheid-Ranking nicht. Für nächstes Jahr gilt es besonders für Schlusslicht Saarland, dem diesjährigen Spitzenreiter Berlin nachzueifern und von ganz unten nach ganz oben zu klettern. Die Landtagsfraktionen der Opposition haben bereits ihre überarbeiteten Gesetzesentwürfe zur Verfassungsänderung eingereicht, und auch die CDU zeigt sich neuerdings offen für direktdemokratischere Landespolitik. *Das Ranking kann auf der Internetseite von Mehr Demokratie kostenfrei heruntergeladen werden.*

[1] *Freitag, Markus/ Vatter, Adrian: Direkte Demokratie, Konkordanz und Wirtschaftsleistung: Ein Vergleich der Schweizer Kantone. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik Heft 136, 2000, S. 592.*

Die Autorin ist z.Z. Praktikantin im Berliner Büro von Mehr Demokratie

Bürger gegen die Bahnprivatisierung (vor dem Berliner Hauptbahnhof, November 2006). Der von der Bundesregierung geplante Börsengang der Bahn AG ist auch Demokratiethema: Zwar sind 71% der Bürger gegen die Börsenbahn, doch das schert die Volksvertreter bislang herzlich wenig.

IM FOKUS

Demokratie im Ausverkauf?

Wie Privatisierung den Bürgereinfluss schwächt

VON PERCY VOGEL, BERLIN

Soll die kommunale Trinkwasserversorgung privatisiert werden? Soll die Bahn AG an die Börse? Auf den ersten Blick haben diese Fragen viel mit Wirtschaft und Geld, aber wenig mit Demokratie zu tun haben. Doch dieser erste Blick täuscht. „Untersuchungen zeigen, dass die Privatisierung die Demokratie schlicht schwächt", resümiert Ernst Ulrich von Weizsäcker in einem Bericht an den Club of Rome. Was steht hinter dieser Einschätzung?
Seit den neunziger Jahren wird die Privatisierung regelrecht vorangetrieben, nicht nur in Deutschland. Betroffene Bereiche sind öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, Energieversorgung, Bildung, Telekommunikation, Postdienste, Stadtreinigung, usw. Die Akteure hinter dieser Privatisierungswelle haben unterschiedliche, aber handfeste Interessen: die Beratungs- und Investitionsunternehmen freuen sich auf die zu erwartenden Profite; den Politikern erscheint die Privatisierung als Lösung für ihr chronisches Haushaltsproblem. Unterstützt wird dieser Trend von einem zunehmend vorherrschenden Vertrauen in die reinen Kräfte des Marktes und von den sich ergebenden Gelegenheiten für Korruption. Inzwischen ist jedoch klar, dass Privatisierung kein Allheilmittel ist, sondern den zu behebenden Problemen oft neue hinzufügt, bis hin zu geradezu katastrophalen Folgen für die Bürger und die öffentlichen Haushalte (siehe Literatur). Wie aber hängen nun Privatisierung und Demokratie zusammen?
Die Frage, ob ein Versorgungsbereich öffentlich oder privat bedient werden soll, betrifft die Selbstbestimmung der Bürger unmittelbar. Denn öffentliche Unternehmen sind sowohl Gemeinschaftseigentum als auch ein Instrument der Politikumsetzung. Und ist ein öffentliches Unternehmen einmal eingerichtet, so untersteht es - theoretisch - einer fortlaufenden demokratischen Kontrolle. Private Unternehmen hingegen sind politisch kaum kontrollierbar und arbeiten meist nach der Logik der Profitmaximierung. Unternehmerisches Eigeninteresse und Gemeinwohlinteresse stehen miteinander in einem Konflikt, der bei Privatisierungen durch komplizierte Verträge zu minimieren versucht wird. Manche vergleichen diesen Versuch mit der Quadratur des Kreises.

Eingeschränkte Transparenz

Die Transparenz öffentlicher Vorgänge gehört zu den Grundvoraussetzungen der Demokratie. Doch wenn der

Staat Verträge mit privaten Unternehmen schließt, hat das Geschäftsgeheimnis Priorität vor dem Transparenzprinzip. Bekanntes Beispiel: Auch mit dem neuen Informationsfreiheitsgesetz auf Bundesebene hatten die Bürger - ja sogar die Bundestagsabgeordneten - keine Einsicht in den umstrittenen Vertrag mit Toll Collect. In unzähligen anderen Fällen haben Kommunalparlamente über Verträge abgestimmt, deren vollen Wortlaut sie nicht kannten. Auch nach Vertragsabschluss setzt sich das Problem fort, wenn die Privatunternehmen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit neue Verträge schließen. Und besonders intransparent wird es, wenn der private Betreiber ein transnationaler Konzern mit undurchsichtiger Struktur ist.

Verminderte demokratische Kontrolle

Privatisierung bedeutet immer eine wenigstens teilweise Selbstentmachtung der politischen Entscheidungsgremien - und damit der Bürger. Demokratisch ausgehandelte Ziele werden schwerer durchsetzbar. Als aktuelles Beispiel mag hier der Klimaschutz dienen, zu dessen Verwirklichung große Umstellungen im Bereich Verkehr notwendig sind. Sollte die Bahn AG an die Börse gehen (ein Gesetzesentwurf dazu wurde gerade ausgearbeitet), wäre die Umsetzung eines klimaschonenden Verkehrskonzeptes stark

erschwert. Denn mehr als alle anderen Unternehmensformen arbeiten Aktiengesellschaften strikt nach dem Prinzip der Profitmaximierung, das von einzelnen (!) Aktionären gegenüber dem Vorstand sogar einklagbar ist. Gemeinwohlorientierte Vorstandsmitglieder haben hier schlechte Karten. Vor diesem Effekt schützt auch nicht der versprochene Mehrheitsanteil des Bundes.
Absurd dabei ist: Trotz Kompetenzübertragung an private Träger verbleibt die Letztverantwortung - und damit das Risiko - trotzdem meist beim Staat. Dies betrifft vor allem Bereiche der Grundversorgung. Als der private Betreiber des britischen Bahnschienennetzes, Railtrack, das Schienennetz entgegen vertraglicher Abmachung so verkommen ließ, dass es zur Häufung von Unfällen kam, blieb der Regierung nur der teure Rückkauf des Netzes - einschließlich Entschädigung an die Aktionäre! Weil die Hürde zum Rückkauf sehr hoch liegt, können die Konzerne sich oft Vertragsbrüche im wahrsten Sinne „leisten", denn die Höhe der Bußgelder liegt meist weit unter den eigentlich notwendigen Investitionen.

Privatisierungsentscheidungen sind oft kaum umkehrbar

Demokratie setzt die Gestaltbarkeit der Zukunft voraus, doch die wird bei manchen Privatisierungsentscheidungen stark eingeschränkt. Viele Verträge mit privaten Unternehmen haben eine Laufzeit von mehreren Legislaturperioden, ja bis zu 99 Jahren, und diese Verträge haben Vorrang vor dem Willen der Bürger. Auch Bürgerentscheide können hier machtlos bleiben.

Privatisierung: ein Thema für Mehr Demokratie?

Wie könnte sich Mehr Demokratie in diesem Problemfeld positionieren, ohne seine inhaltliche Neutralität aufzugeben?
1. Die Privatisierungsproblematik bestärkt unsere Position, dass auch finanzrelevante Themen für Bürgerentscheide zugänglich sein müssen. Das ist vielerorts nicht der Fall.
2. Der besondere Status öffentlicher Unternehmen als demokratisch legitimiertes Eigentum der Bürger legt die Forderung nach obligatorischen Referenden nahe: öffentliche Unternehmen dürften demnach nur gegründet oder privatisiert werden, wenn sich eine Mehrheit der Bürger dafür ausspricht. Diese Forderung wird schon heute vom Landesverband NRW vertreten.
3. Was fehlt, ist eine Bewertung verschiedener Privatisierungsformen hinsichtlich ihrer Effekte auf die demokratische Kontrolle. Mit ihr ließen sich Kriterien für demokratisch mehr oder weniger akzeptable Privatisierungen ermitteln.
4. Wo Privatisierung abgelehnt wird, stellt sich oft die Frage nach der Reform des öffentlichen Unternehmens. Reformen aber setzen Reformierbarkeit voraus, und diese kann nur eine demokratische Reformierbarkeit sein. Mehr Demokratie könnte innovative Wege aufzeigen, wie die demokratische Kontrolle über das Funktionieren der öffentlichen Hand durch die verstärkte Mitbestimmung der betroffenen Bürger verbessert werden kann.

Literatur

Reimon, M., & Felber, C. (2003). Schwarzbuch Privatisierung. Wien: Ueberreuter.
Rügemer, W. (2006). Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot.
von Weizsäcker, E. U., Young, O. R., & Finger, M. (Hrsg.). (2006). Grenzen der Privatisierung. Stuttgart: Hirzel.
Filmtipp: „Der große Ausverkauf - Unsere Welt wird privatisiert", von Florian Opitz, Kinostart am 17. Mai 2007, www.thebigsellout.org.

Dr. Percy Vogel, Jahrgang 1966, ist Mitglied des Bundesvorstands von Mehr Demokratie e.V. Dieser Artikel gibt allein seine persönliche Perspektive wieder.

Wir reißen die alte Verfassung ein!

Auftakt-Aktion zur EU-Kampagne von Mehr Demokratie am 7. März in Berlin

MD-Bundesvorstandsmitglied Michael Efler beim Einreißen der „alten" EU- Verfassung...

REPORT

Zwei blaue Mauern wuchsen am Vormittag des 7. März vor dem Brandenburger Tor. Beide symbolisierten einen Teil von Europa - nämlich je eine EU-Verfassung. Die eine Mauer stand für die alte EU-Verfassung: undemokratisch, intransparent und ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Eine zweite Mauer, direkt neben der ersten, symbolisierte eine neue EU-Verfassung, eine vom Volk legitimierte Verfassung, mit deren Hilfe Europa demokratischer und transparenter werden soll.

Gegen 9 Uhr wurden die beiden blauen Mauern aus Pappkartons aufgebaut: die abgelehnte alte und eine neue demokratischere EU-Verfassung. Nach dem geglückten Aufbau standen sie eine ganze Weile vor dem Brandenburger Tor und lockten einige Schaulustige und Interessierte an. Gegen 10.30 Uhr erreichte auch der Omnibus für direkte Demokratie den Platz und stellte ein Kontingent Infomaterial bereit. Einige Mitarbeiter verteilten Flyer und Ansichtsmaterial an Passanten, die interessiert am Infostand und den EU-Verfassungsmauern innehielten.

Kurz nach 11 Uhr wurde die „alte" Verfassung von Michael Efler, Vorstandsmitglied von Mehr Demokratie e.V., vor einigen Journalisten und zahlreichen Mitarbeitern des Vereins, mit einem großen Vorschlaghammer beherzt eingerissen. Ungeordnet und durcheinander lagen die undemokratischen, intransparenten und fehlerhaften Elemente dieser für untauglich empfundenen EU-Verfassung dann auf dem Boden des Platzes des 18. März. Die von Mehr Demokratie geforderte neue, demokratischere und sich näher am Bürger befindende Verfassungsmauer hingegen wies standfest in die Zukunft...

Die Aktion war geglückt! Die gefallenen Kartons der alten EU-Verfassung waren danach begehrtes Fotomotiv der Journalisten und Aktivisten von Mehr Demokratie e.V. Die Zeit nach der Aktion wurde für Interviews mit der Presse und einige Passantengespräche genutzt.

"Immerhin haben die Bürgerinnen und Bürger in Frankreich und in den Niederlanden mehrheitlich den bis 2004 gefunden Verfassungsvertrag abgelehnt", erinnert Claudine Nierth, Vorstandsprecherin von Mehr Demokratie. "Das zeigt uns, ein Europa ohne Beteiligung und Akzeptanz seiner Bürgerinnen und Bürger hat dauerhaft keinen Bestand. Die EU muss sich daher unausweichlich die Demokratiefrage stellen. Denn ohne eine Antwort auf diese Frage wird Europa in seiner jetzigen Form keine Berechtigung und keine Zukunft haben."

Mehr Demokratie und zahlreiche Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft schlagen daher einen demokratisch gewählten Konvent vor, der einen neuen Verfassungsentwurf ausarbeiten soll. Begleitet werden muss seine Arbeit von einer breiten Diskussion in und mit der Bevölkerung Europas. "Diesen Diskussionsprozess möchten wir - auch mit der Kampagne "Europa - nicht ohne uns!" - anstoßen. Steht an ihrem Ende eine neue Verfassung für Europa, so wäre dies eine Verfassung der Bürgerinnen und Bürger. Und die könnte, so Claudia Nierth, "ohne jede Scheu durch eine europaweite Volksabstimmung in allen EU-Ländern legitimiert werden."

Vom 23. bis 25. März 2007 hat sich im Rahmen der Kampagne auch eine Konferenz mit internationaler Beteiligung dem Thema gewidmet. "Europe - not without the people", lautete ihr Motto. Einzelheiten zu den Ergebnissen finden Sie auf den folgenden Seiten bzw. im Internet unter: *www.berlin2007.org.* Während der gesamten deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird Mehr Demokratie die Europafrage außerdem bundesweit bei Straßenaktionen immer wieder thematisieren. *Franziska Bock / Karin Flothmann*

Karin Flothmann ist Pressesprecherin von MD, Fanziska Bock ist Praktikantin im Berliner Büro.

EUROPA nicht ohne uns!

So lautete der Titel der internationalen Konferenz, die vom 23. bis 25. März in Berlin stattfand. Organisiert wurde sie von Mehr Demokratie e.V., den EU Democrats und dem Netzwerk Dreigliederung. Um sicherzustellen, dass die EU-Verantwortlichen dem Willen der Bürger Rechnung tragen, die sie vertreten sollen, kamen in Berlin über 120 Teilnehmer/innen aus 15 Ländern Europas zusammen.

An Stelle einer elitären und glamourösen Feier der Vergangenheit zogen die Beteiligten es vor, sich den realen Problemen zu widmen: Wie können wir ein demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger schaffen? Wie können wir eine wirkliche Subsidiarität, demokratische Kontrolle, Transparenz und direkte Bürgerbeteiligung erreichen und sichern? Im Verlauf der Tagung stellten Vertreter/innen der Zivilgesellschaft aus vielen Teilen Europas Wege aus der aktuellen Krise der Demokratie in Europa und seiner Verfasstheit vor, die intensiv beraten wurden. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Demokratie als der grundlegende europäische Wert, der die Aspekte der Freiheit, der Teilhabe und der Solidarität einschließt. Die Resultate wurden in einer „Alternativen Berliner Erklärung" zusammengefasst. Begleitet durch eine symbolische Aktion an der Berliner Siegessäule wurde dieses Manifest den europäischen Staats- und Regierungschefs und den nationalen Parlamenten übergeben, um ihnen unsere Forderungen nahezubringen. Auf den folgenden Seiten finden Sie die „Alternative Berliner Erklärung" im Wortlaut sowie andere wichtige Beiträge zur Konferenz. *Erhard O. Müller*

EUD

Mehr Demokratie

Initiative Netzwerk Dreigliederung

Alternative Berliner Erklärung

Dialog braucht eine neue Qualität

Der heutige Tag muss vor allem Anlass sein, die Probleme der EU nüchtern zu analysieren und einen Weg aus der gegenwärtigen Demokratie- und Legitimationskrise zu finden. Wir fordern die Regierungsvertreter und die deutsche Ratspräsidentschaft dazu auf:

Respektieren Sie das klare Nein zum vorliegenden Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden! Es ist Ausdruck der Entfremdung zwischen den Wählern und der politischen Klasse und ein Votum für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Die von Angela Merkel geforderte Wiederbelebung des aktuellen Vorschlags auf höchster Ebene und hinter verschlossenen Türen würde die Krise nicht lösen, sondern nur verstärken. Wir fordern einen offenen, demokratischer Prozess - ohne künstlich erzeugten Zeitdruck - bei dem die Bürgerinnen und Bürgern das entscheidende Wort über die Zukunft Europas haben. Wir fordern eine öffentliche Debatte über die Fragen, die führende EU Politiker während der letzten fünf Jahre nicht beantworten konnten, z.B.:

Wie schaffen wir ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, ein Europa der Demokratie und der Demokratien? - Wie wird der tiefgreifende Demokratiemangel der EU überwunden? - Wie entstehen Transparenz und demokratische Kontrolle? - Wie kann direkte Demokratie auf europäischer Ebene funktionieren? - Wie können die Grund- und Menschenrechte in Europa gesichert und erweitert werden? - Was soll die EU überhaupt regeln? Wie lässt sich Subsidiarität absichern? - Wie können die EU-Institutionen reformiert werden? - Und letztlich: Welche Vision haben wir für Europa? Welche Bedeutung hat es für die Welt und für seine Bürger?

Wir fordern einen ergebnisoffenen Prozess, der von unten gestaltet wird und offen ist für alle Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Zu diesem Gestaltungsprozess müssen Foren über die europäische Zukunft geschaffen und genutzt werden, in denen sich die Menschen begegnen und artikulieren können, wie z.B. Regionalforen, Europäisches Sozialforum, runde Tische mit Vertretern der Zivilgesellschaft bzw. der Kultur, der Regierungen und Geschäftswelt. Damit Gesprächsergebnisse gebündelt und bis in die rechtliche Ordnung hinein umgesetzt werden können, braucht das Gespräch über die Zukunft Europas einen neuen Konvent:

Ein neuer Konvent für die Zukunft Europas

Eurokraten und führende Politiker der Mitgliedsstaaten sind weit von den Problemen und Wünschen der Bürger entfernt. Der bisherige EU-Konvent war weder demokratisch legitimiert noch ergebnisoffen. Wir fordern einen neuen Konvent über die Zukunft Europas, der tatsächlich die Interessen der Bürger vertritt. Dies muss durch klare Spielregeln gewährleistet werden, z.B.:

Der Konvent wird direkt gewählt. Seine Mitglieder kommen aus allen Bereichen und Ebenen der Gesellschaft.

Ergebnisoffen und ohne Zeitdruck erarbeitet der Konvent Vorschläge für ein Dokument über eine demokratisch verfasste Zukunft Europas. Dieses muss im Einklang mit den Verfassungen der Mitgliedsstaaten stehen. In Referenden in allen EU-Staaten wird das Ergebnis zur Abstimmung gestellt.

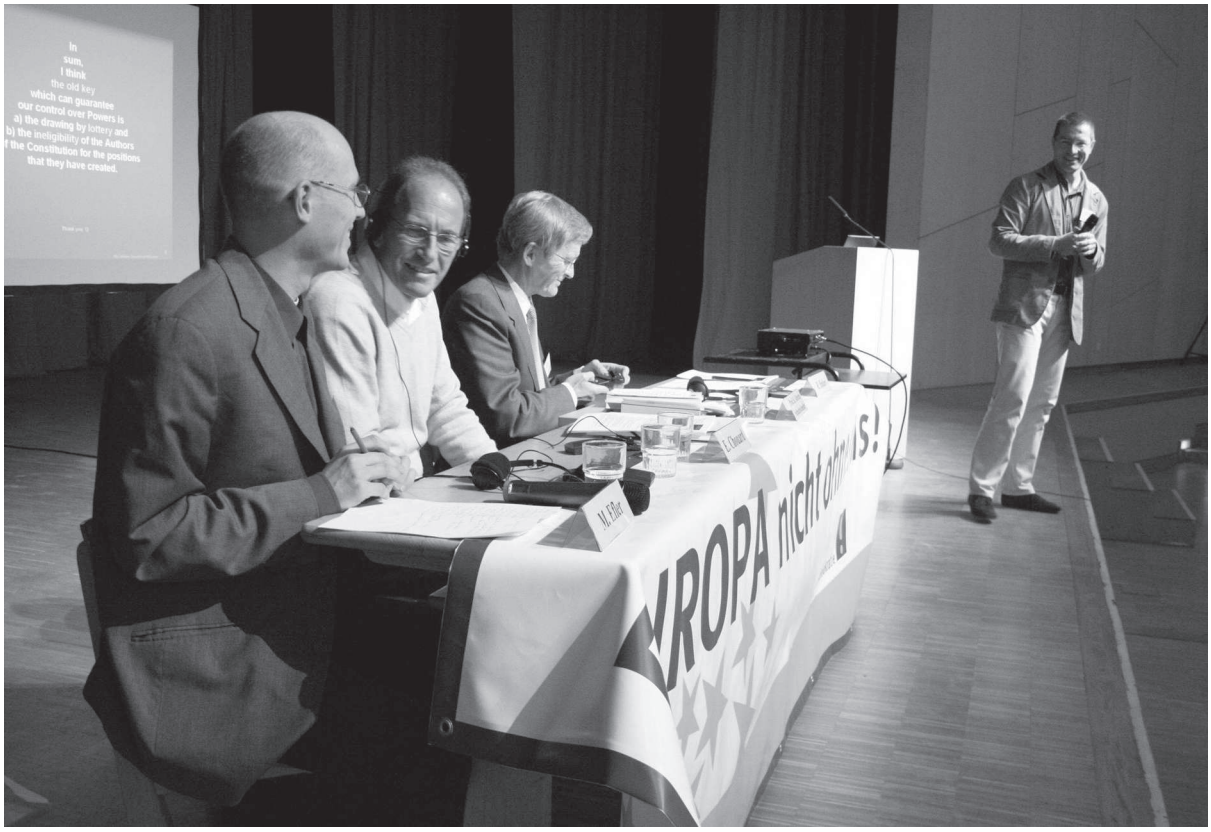
Das Gremium tagt öffentlich. Einzelne Bürger, zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen müssen die Möglichkeit haben, sich im Sinne einer fortlaufenden Bürgerbeteiligung direkt an der Diskussion zu beteiligen und die Ergebnisse zu beeinflussen.

Kommt es in dem Konvent in einzelnen Fragen nicht zu einer Einigung, so können Minderheitenpositionen als Varianten des Dokuments mit zur Abstimmung gestellt werden. Parallel zum Konvent muss es durch ein Bürgerinitiativ-Verfahren möglich sein, bei den Referenden in allen EU-Staaten den Wählern einen Alternativentwurf zum Konvents-Dokument zur Abstimmung vorzulegen.

Bei den zur Abstimmung gestellten Varianten und Alternativen ist eine faire und ausgewogene Information der Öffentlichkeit sicherzustellen.

Demokratie ist der grundlegende europäische Wert, der die Aspekte der Freiheit, der Teilhabe und der Solidarität und damit das Bekenntnis zu den Grund- und Menschenrechten einschließt. Wir fordern die Regierungen auf: Stehen Sie einer demokratischen Weiterentwicklung Europas von unten nicht im Wege! Helfen Sie vielmehr mit, die Bedingungen dafür zu schaffen!

Beschlossen von der Konferenz „Europa - nicht ohne uns" mit Vertreter/innen aus 15 Ländern Europas am 25.3.07



Eröffnungsplenum der Konferenz. V.l.n.r.: Michael Efler, Etienne Chouard, Karl Albrecht Schachtschneider sowie Moderator Roman Huber

TAGUNG

50 Jahre europäisierter Entdemokratisierung

Warum diese EU-Verfassung nicht so oder anders verabschiedet werden darf

VON KARL ALBRECHT SCHACHTSCHNEIDER, NÜRNBERG

Nach einem halben Jahrhundert europäischer Integration hat Deutschland gänzlich andere politische Strukturen, als sie das Grundgesetz verfaßt hat. Die Republik ist keine Demokratie im freiheitlichen Sinne mehr. Sie ist kein Rechtsstaat mehr, in dem durch Gewaltenteilung und Rechtsschutz die Grundrechte gesichert sind. Sie ist kein Sozialstaat mehr, sondern unselbständiger Teil einer Region des globalen Kapitalismus. Sie ist auch kein Bundesstaat mehr, weil Bund und Länder ihre existentielle Staatlichkeit eingebüßt haben. Die Strukturprinzipien des Grundgesetzes, welche die Integration in die Europäische Union nach dessen Artikel 23 Absatz 1 respektieren muss, sind entwertet. In einer solchen Union darf Deutschland nach seiner Verfassung nicht Mitglied sein.

Vernunft und Sittlichkeit als kategorischer Imperativ

Demokratie ist die politische Form der allgemeinen Freiheit. Freiheit ist nach Kant die „Unabhängigkeit von eines anderen nötigender Willkür, sofern mit jedes anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetz zusammen bestehen kann". Mit der Freiheit ist somit die Gleichheit untrennbar verbunden, mit dieser aber die Brüderlichkeit, die Solidarität, deren Gesetz das Gebot der Nächstenliebe ist. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit lassen sich nur durch praktische Vernunft, durch Sachlichkeit oder eben Sittlichkeit, die der Moralität bedarf, verwirklichen. Das Gesetz dieser Sittlichkeit ist das Sittengesetz, der kategorische Imperativ. Dieses republikanische Freiheitsprinzip ist ausweislich Art. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 das Weltrechtsprinzip und nach Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes die Grundlage des Rechts und des Staates in Deutschland, aber nach Art. 6 Abs. 1 EUV und Art. I – 2 des Verfassungsvertrages auch ein Grundsatz bzw. Wert der Europäischen Union. Recht kann nur auf dieser politischen Freiheit gründen, nicht etwa auf Herrschaft, auch nicht wenn dieser liberalistische Freiheitsrechte entgegengehalten werden können.

Die Gesetze müssen in der durch die Freiheit definierten Demokratie der Wille aller Bürger sein. Demgemäß müssen die Gesetze, wenn sie nicht das Volk unmittelbar durch Abstimmungen beschließt, im Parlament beraten und beschlossen werden. Die Abgeordneten sind gewählt, um das Richtige für das gemeine Wohl auf der Grundlage der Wahrheit zu erkennen und als Gesetze zu beschließen;

denn das Volk als die Bürgerschaft will dieses Richtige. Die Erkenntnis bedarf der bestmöglichen Sachlichkeit und des öffentlichen Diskurses. Vor allem aber bedarf sie der Moralität der Parlamentarier, die stellvertretend für das Volk Sittlichkeit üben sollen. Das verbietet jede Parteilichkeit. Nichts anderes bedeutet die Gewissensbindung nach Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG.
Die meisten Rechtssätze, die in Deutschland gelten, sind aber von den exekutiven Organen der Union als Richtlinien und Verordnungen, nach dem Verfassungsvertrag Europäische Rahmengesetze, Gesetze und Verordnungen, beschlossen worden, insbesondere im Wirtschaftsrecht. Das Europäische Parlament hat nur begrenzten Einfluß auf diese Rechtsetzung und nur in wenigen Politiken ein negatives Vetorecht, das der absoluten Mehrheit bedarf. Nach dem Verfassungsvertrag soll das Parlament in den weniger existentiellen Bereichen die Gesetze auf Vorschlag der Kommission gemeinsam mit dem Rat die Gesetze erlassen. An der Festlegung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik, welche die Union und die Mitgliedstaaten binden, und an den militärischen Entscheidungen ist es nicht beteiligt, sondern wird allenfalls unterrichtet. Vor allem aber ist die Versammlung kein wirkliches Parlament, das die demokratische Legitimation auch nur stärken könnte. Das Stimmgewicht seiner Wähler weicht nämlich gleichheitswidrig (bis 1000%) voneinander ab.
Die Rechtsetzung der Union kann auch nicht von den nationalen Parlamenten durch deren Zustimmung zu den Unionsverträgen verantwortet werden, um dem demokratischen Prinzip zu genügen, wie das das Bundesverfassungsgericht mit dem „Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung" dogmatisiert. Deren Abgeordnete können die Unionspolitik schlechterdings nicht für Jahre voraussehen. Die Ermächtigungen durch die Gemeinschaftsverträge sind offen und weit, nicht aber begrenzt und bestimmt. Das demokratische Defizit der Rechtsetzung der Union ist nicht behebbar. Legitimität, sachliche Richtigkeit und Effizienz vermögen als solche nicht demokratisch zu legitimieren, wie argumentiert wird, um die Integration demokratierechtlich zu retten.

Ausweitung der EU-Befugnisse auf wirtschaftliche Bereiche

Die Union hat, wie alle zentralistischen Bürokratien, ihre Befugnisse auf alle wirtschaftlich wichtigen Bereiche ausgedehnt, vielfach entgegen dem Text der Verträge. Das ist vor allem das Werk der Kommission und des Europäischen Gerichtshofs. Diese handhaben die Verträge nicht etwa eng, wie es das Subsidiaritätsprinzip gebietet, sondern denkbar weit, oft ohne Rücksicht auf den Wortlaut, aber im Interesse der Integration. Verschiedentlich haben die Mitgliedstaaten, die „Herren der Verträge", Texte nachgereicht, um den „gemeinschaftlichen Besitzstand" zu festigen.
Die Judikatur der unmittelbaren Anwendbarkeit der Grund- oder Marktfreiheiten hat die an sich völkerrechtlichen Pflichten der Mitgliedstaaten, einen Binnenmarkt zu schaffen, zu subjektiven Rechten der Unternehmer und Verbraucher gewandelt, gewissermaßen zu Grundrechten. Das hat die Gemeinschaft der Sache nach schon 1963 zum Staat gemacht, freilich einen Staat ohne legitimierendes Staatsvolk. Die Mitgliedstaaten haben sich gegen diesen Umsturz nicht gewehrt, auch nicht deren Gerichte.
Seither ist der mächtigste politische Akteur in der Union der Europäische Gerichtshof. Sein integrationistischer Leitbegriff ist das Gemeinschaftsinteresse. Die Mitgliedstaaten können ihre Interessen nur zur Geltung bringen, wenn der Gerichtshof diese als zwingend anerkennt. Das tut er fast nie. Diese Judikatur hat die weitreichende Deregulierung erzwungen, auch die Privatisierung der Daseinsvorsorge. Seither ist der Preis etwa der Energie kräftig gestiegen. Der Wettbewerb soll Effizienz und Wohlstand steigern, wird aber von der Kommission ohne rechtsstaatsgemäßen Maßstab, meist im Kapitalinteresse administriert. Marktmächtige Oligopole sollen weltweit wettbewerbsfähig sein. Das Sozialprinzip hat im internationalistischen Kapitalismus keine Entfaltungschance mehr. Die Gerechtigkeit soll ausgerechnet der grenzenlose Markt herstellen – ohne soziale Ordnung ein globales Ausbeutungsszenario.

EU-Gerichtshof dekretiert ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft

Das Herkunftslandprinzip, vom Gerichtshof entgegen dem Gemeinschaftsvertrag entwickelt, ist ein wesentlicher Hebel der Entmachtung und vor allem der Entdemokratisierung der Völker. Weil die gemeinschaftliche Harmonisierung der Gesetze der Mitgliedstaaten weitgehend an der Mehrheit im Rat gescheitert ist, hat der Gerichthof die gegenseitige Anerkennung der Gesetze angeordnet. Diese entfalten dadurch in allen Mitgliedstaaten Geltung und Wirkung, im Lebensmittelrecht, im Arbeitsrecht, im Gesellschaftsrecht usw. Die Völker können ihre Politik nicht mehr durchsetzen. Vielmehr müssen sie ihre Standards nach unten anpassen, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen zu wahren. Die Handhabung der Niederlassungsfreiheit etwa macht es möglich, der deutschen

Unternehmensmitbestimmung auszuweichen.
Der Gerichtshof hat die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft dekretiert, Abkommen mit dritten Staaten über den Handel mit Waren und Dienstleistungen zu schließen. Nach dem Vertrag sollte die Gemeinschaft lediglich „einheitliche Grundsätze" der „gemeinsamen Handelspolitik" gestalten. Die Folgen sind verheerend. Handelspolitik kann nicht allein dem Freihandel oder allein der Protektion verpflichtet sein. Sie muss der jeweiligen Lage einer Volkswirtschaft gerecht werden. Wegen deren Unterschiedlichkeit können nur die Mitgliedstaaten selbst die sachgerechte Außenwirtschaftspolitik machen.
Die Zuständigkeitspolitik der Union macht die Völker gegenüber der Globalisierung wehrlos. Hinzu kommt die grenzenlose Kapitalverkehrsfreiheit, welche seit 1994 gilt. Sie ermöglicht im Verbund mit den Verträgen der Welthandelsordnung den rücksichtslosen Standortwechsel der Unternehmen in Billiglohnregionen. Die entwickelten Volkswirtschaften zahlen einerseits mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und andererseits den Verlust des im Lande erwirtschafteten Kapitals, das dort, wo höhere Rendite erwirtschaftet werden kann, investiert wird. Die wettbewerbsverzerrende Währungsunion nimmt zudem den Euroländern die Hoheit über die Auf- oder Abwertung, den Außenwert ihres Geldes also. Sie können ihre Preise am Binnen- und Weltmarkt nicht mehr eigenständig ihren Produktionskosten anpassen und verlieren ihre Märkte, wie insbesondere Italien, das eine starke Inflation und steigende Arbeitslöhne hat. Im Übrigen leistet Deutschland erheblichen finanziellen Transfer über den Eurogeldmarkt in die Euroinflationsländer.

Abbau der Gewaltenteilung

Ohne freiheitliche Demokratie gibt es keinen Rechtsstaat. Aber auch die Gewaltenteilung, welche der übermäßigen Machtentfaltung der Exekutive entgegenwirken soll, ist im Unionsstaat nicht verfasst, wenn auch der Vielheit der Mitgliedstaaten gewisse machthemmende Wirkungen nicht abgesprochen werden kann. Die eigentliche Macht haben außer den Staats- und Regierungschefs, den „Führern Europas", die Kommission und der Gerichtshof, beide ohne demokratische Legitimation. Im Gerichtshof judizieren Richter, von denen allenfalls einer eine mehr als schmale Legitimation aus seinem Land hat. Diese mächtigen und hochbezahlten Eurokraten werden ausgerechnet im Einvernehmen der Regierungen ernannt, auch nur für sechs Jahre, aber mit der Möglichkeit der Wiederernennung. Das schadet der richterlichen Unabhängigkeit. Einen größeren Tort kann man dem Rechtsstaat kaum antun, zumal diese Richter alle rechtlichen Grundsatzfragen für etwa fünfhundert Millionen Menschen entscheiden.
Der Grundrechteschutz leidet schwere Not, seit der Gerichtshof, gedrängt vom Bundesverfassungsgericht, die Grundrechteverantwortung an sich gezogen hat. Seit seinem Bestehen hat dieser nicht ein einziges Mal einen Rechtssatz der Gemeinschaft als grundrechtswidrig erkannt, obwohl unser Leben weitestgehend von der Gemeinschaftsordnung bestimmt wird, zudem undemokratisch. Im übrigen sind die Grundrechte als Grundsätze des Gemeinschaftsrechts verwässert.

Ohne Referenden aller Völker kein europäisches Volk

Der Verfassungsvertrag, in Frankreich und in den Niederlanden gescheitert, von der Bundeskanzlerin als Ratspräsidentin aber noch nicht aufgegeben, hat den Wechsel der Union von einer völkerrechtlichen Organisation, dem Staatenverbund, zum Bundesstaat mit fast allen existentiellen Staatsbefugnissen auch textlich vollzogen. Er benutzt die Sprache des Staatsrechts, nicht mehr die des Völkerrechts. Freilich wird die demokratische Legitimation, die nur ein existentieller Staat, nämlich ein Staatsvolk, einer solchen Staatsgewalt geben könnte, nicht gestärkt, weil es das Volk „Europas" nicht gibt.
Ohne Referenden aller beteiligten Völker kann ein europäisches Volk nicht entstehen. Diese Referenden aber fürchtet die „Elite" der Parteifunktionäre, welche die Union führt, mehr denn je. Der Vertrag hat die Kompetenz-Kompetenzen der Union noch über die geltenden Generalklauseln hinaus ausgeweitet. Die Staats- und Regierungschefs können gar im vereinfachten Änderungsverfahren durch Europäischen Beschluß die Verfassung der „internen Politikbereiche" ganz oder zum Teil ändern, ohne dass der Bundestag und der Bundesrat zustimmen müssten. Betroffen wären u.a. die gesamte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik, aber auch der „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts". Das ist der Versuch eines neuen Ermächtigungsgesetzes. Dass der Vertrag „in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr", aber auch, um „einen Aufruhr oder einen Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen" die Todesstrafe wieder ermöglicht (12. Erklärung), ist wenig bekannt. Sonst hätten unsere Abgeordneten dem Vertrag kaum mit Begeisterung zugestimmt.
Wer das Recht verteidigen will, muss die europäische Integration auf neue Verträge stützen. Es gibt die Chance, durch einen demokratischen Verfassungsprozess, wie ihn die Alternative Berliner Erklärung vorschlägt, neue und endlich legitime Verträge für eine Rechtsgemeinschaft der Völker Europas zu erarbeiten und zu schließen. Dadurch könnte ein europäisches Europa aufgebaut werden. Die jetzige Verfassung der EU und die, welche der Verfassungsvertrag vereinbart hat, sind als Verfassungsgesetz freier Menschen nicht hinnehmbar, schon weil sie eine enge Ordnung aufzwingen, die nur schwer geändert werden kann. 27 Völker mussten mit hohen Mehrheiten oder in Volksabstimmungen zustimmen. Es ist geradezu abwegig, die Wirtschaftsordnung für eine Weltregion auf ein kontingentes Modell festzulegen, wie die Union auf die „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb", also auf die neoliberale Kapitalwirtschaft. Ein solcher Irrweg kann nur in einem ökonomischen und sozialen Desaster enden.
Mehr Demokratie ist die Notwendigkeit der Freiheit, die Notwendigkeit des Rechts, die Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit und die Notwendigkeit des Wohlstandes für Alle.

Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider em. Professor für Öffentliches Recht Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Die Europäische Union: Ziele, Chancen, Gefahren

Statement zur Konferenz „Europa - nicht ohne uns“ am 24. März 2007

VON HANS HERBERT VON ARNIM, SPEYER

Immer wenn es darum geht, ein Gemeinwesen zu beurteilen - also zu bewerten, ob es sich in gutem oder schlechtem Zustand befindet und wie es gegebenenfalls verbessert werden könnte - stellt sich die Gretchenfrage, aus welchem Blickwinkel die Beurteilung erfolgen soll: von oben oder von unten? Aus der Perspektive der Regierung oder aus der Perspektive der Bürger? Diese Frage stellt sich heute auch für uns, und sie stellt sich für uns besonders dringend. Kaum irgendwo sonst weichen beide Perspektiven nämlich derart krass voneinander ab wie in Sachen Europa. Und je nach Blickwinkel sind die Weichen unterschiedlich gestellt, laufen die Argumentationszüge in ganz unterschiedliche Richtungen.

Die Gemeinschaft, deren fünfzigjähriges Gründungsdatum wir morgen begehen, war von Anfang an eine Veranstaltung der Regierungen, durch die Regierungen und für die Regierungen. Sie entscheiden auf Regierungskonferenzen über die Verträge und ihre Fortschreibung, und sie haben – auf der Basis der Verträge – im Rat, der nach wie vor das zentrale Organ der Union darstellt – die Macht in der Hand. Da wundert es nicht, dass der gesamte Ethos der EU zum Autoritären neigt – eben von oben herab – und dass auch die *Beurteilung* der EG bzw. der EU von den Regierungen lange monopolisiert wurde.

Nach ihren Verlautbarungen ist fast alles Friede, Freude, Eierkuchen. Diese rein gouvernementale Sichtweise hat ihre Selbstverständlichkeit aber verloren - spätestens seit dem Nein der Franzosen und Niederländer zur europäischen Verfassung. Ohnehin lief die Von-oben-herab-Haltung der Idee der Demokratie und der Volkssouveränität schon immer diametral zuwider. Demokratische Herrschaft sollte eigentlich, um die berühmte Lincolnsche Formel zu gebrauchen, Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk sein. Aber Ideen zerschellen eben oft an den Realitäten der Macht. Das Besondere an den Referenden in Frankreich und den Niederlanden war nun, dass die Abstimmungen die Bürger auch als *Macht*faktor ins Spiel brachten. Denn ohne ihre Zustimmung kommt die Verfassung eben nicht zustande.

Demokratiedefizit und fehlende Gewaltenteilung

Ich muss gestehen, dass ich für das Volk, für die Bürger, voreingenommen bin und schon immer eine Perspektive von unten eingenommen habe. Zwar habe ich die realen Machtverhältnisse nie aus den Augen verloren. Denn letztlich geht es darum, ihnen soviel Herrschaft durch und für die Bürger wie möglich abzuringen. Dazu muss man aber Klarheit darüber gewinnen, in welche Richtung die Reise gehen sollte. Anders ausgedrückt: Der Kampf um die Emanzipation der Bürger muss von einem normativen Leitbild getragen sein. Auch wenn wir davon überzeugt sind, dass Europa nicht nur eine großartig Idee, sondern geradezu unser Schicksal ist, bedeutet das Ja zum „Ob“ des Europäischen Zusammenschlusses keinesfalls, dass wir auch mit allem „Wie“ einverstanden sind.

Aus dieser m. E. allein legitimen Sicht besteht in Brüssel[1]

1) ein drastisches Demokratiedefizit und
2) – wegen fehlender Gewaltenteilung – ein ebenso drastisches Rechtsstaatsdefizit.

Würde ein Beitragskandidat solche Defizite aufweisen, hätte er nicht die geringste Chance, in die EU aufgenommen zu werden. Große und kleine Entscheidungen erfolgen regelmäßig über die Köpfe der Bürger hinweg.

Eigentlich sollten die Bürger schlechte Politik mit Abwahl bestrafen können. Dies ist das demokratische Minimum, setzt aber voraus, dass man erkennen kann, wer für welche Entscheidungen verantwortlich ist. Doch daran fehlt es in der EU total. Es herrscht völlige Intransparenz der Entscheidungsverfahren und der Verantwortlichkeiten. Weithin unbekannt bis zum Beispiel: Der *Rat* zerfällt nicht nur in zahlreiche Spezialräte, sondern eine Vielzahl der ihnen zugewiesenen Entscheidungen trifft faktisch auch noch der „Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten“. Sie alle tagen grundsätzlich nicht öffentlich. Auch die *Kommission* faßt nur zwei Prozent ihrer Beschlüsse wirklich noch in mündlicher Verhandlung. 98 Prozent werden in Umlaufverfahren entschieden oder auf bestimmte Kommissionsmitglieder oder sogar auf Beamte delegiert. Auch um die Gewaltenteilung ist es schlecht stellt, schon deshalb, weil das wichtigste Gesetzgebungsorgan, der Rat, aus Vertretern der Exekutive besteht.

(3) Hinzu kommt eine Art EU-Imperialismus: ein schleichendes Ausgreifen der EU auf immer weitere Bereiche. Das schnürt den politischen Spielraum der Mitgliedstaaten unnötig ein und widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip. Das Bestreben der EU-Kommission, des EU-Parlaments und teilweise auch des Rats, immer mehr Kompetenzen an sich zu reißen, scheint ungehindert weiterzuwuchern. Der Euro-

päische Gerichtshof taugt nicht als Kontrolleur. Mit ihm hat man den Bock zum Gärtner gemacht, weil der Gerichtshof selbst zur Ausweitung der EU-Kompetenzen neigt.

(4) Schließlich schürt die fast überfallartige Aufnahme neuer Mitglieder – allein 12 in den letzten drei Jahren – Besorgnisse bei den Bürgern und Misstrauen gegen die Ausgewogenheit der entsprechenden Entscheidungsverfahren, die durch die mangelnde Klarheit über die finalite politique der EU noch unterstrichen werden.

Rückwirkung auf die Einstellung zu Europa

(5) Die schleichend fortschreitende sachwidrige Zentralisierung der EU und die anscheinend ungebremste Erweiterung haben Rückwirkungen auf die Einstellungen zu Europa. Denn sie haben den Menschen erst so richtig vor Augen geführt, wie groß die demokratischen und rechtsstaatlichen Defizite tatsächlich sind. Den Menschen wird immer mehr bewusst, dass sie zumeist rein gar nichts zu sagen haben. Diese Erkenntnisse sind natürlich für das Ansehen der EU nicht gerade förderlich. Da war es nur konsequent, dass die Franzosen und Niederländer die Möglichkeit, über den Verfassungsvertrag abzustimmen, genutzt haben, um ihre generelle Unzufriedenheit mit dem Zustand der EU zum Ausdruck zu bringen. Wie die Kommission im Rahmen ihrer „Initiative D" selbst mitteilt, empfanden bereits im Frühjahr 2005, also vor den Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden, nur weniger als die Hälfte der Europäer (in Deutschland 42 Prozent) das Image der EU als „positiv", und mehr als die Hälfte (in Deutschland 55 Prozent) erkannte, dass ihre Stimme nicht zählt.

Alle diese Mängel erleichtern es Politik und Bürokratie, sich von Kontrolle weitgehend frei zu zeichnen. Das bewirkt eine Situation organisierter Unverantwortlichkeit. Die daraus resultierenden Auswüchse zeigen sich mal wieder in den Finanzen besonders anschaulich. „Follow the money trail and you will find the truth", sagt schon das Sprichwort. Der EU-Haushalt ist vor allem ein Subventionshaushalt. Rund vier Fünftel der Ausgaben der EU entfallen auf Landwirtschaft und Struktur- und Regionalpolitik.[2] Und diese stellen geradezu einen monumentalen Sündenfall dar. Sie widersprechen sämtlichen Grundsätzen, die sich die Gemeinschaft auf die Fahne geschrieben hat: der wettbewerblichen Marktwirtschaft, dem Subventionsverbot, der Verteilungsgerechtigkeit, der Förderung von Produktivität und Wachstum sowie dem Grundsatz der Subsidiarität. Würden diese Mittel dagegen für Wissenschaft und Forschung ausgegeben – und nicht nach der Lobbystärke einzelner Branchen und Mitgliedstaaten –, dann wäre die EU bald an der Spitze des Fortschritts.

Kontrollmängel in der Politikfinanzierung

Die Kontrollmängel spiegeln sich besonders drastisch auch in der Politikfinanzierung wider. Beispiele bieten das Spesensystem und die üppigen Versorgungen, die sich EU-Abgeordnete in eigener Sache – an Rat und Kommission vorbei - verschafft haben.[3] Das läuft vielfach auf legalisierten Betrug rund legalisierte Vetternwirtschaft hinaus. Abgeordnete können für Flüge von und nach Brüssel Deluxe-Reisekosten abrechnen, auch wenn sie einen Billigflug gebucht haben, und die Differenz steuerfrei einsacken. Dieser legalisierte Betrug kann für einzelne Abgeordnete viele tausend Euro im Monat ausmachen. Ein anderes Beispiel sind die üppigen Versorgungen, die Abgeordnete sich quasi hinter verschlossenen Türen zusammengebastelt haben und die häufig zu Doppelversorgungen führen. Ein weiteres Beispiel ist die legalisierte Vetternwirtschaft: Abgeordneten stehen monatlich bis zu 14 500 Euro für Mitarbeiter zu. Damit können sie – und viele tun das auch – Familienangehörige einstellen: Ehefrau, Tochter, Vettern - und so ihr Familieneinkommen noch weiter erhöhen.
Und 2009, wenn das Abgeordnetenstatut in Kraft tritt, werden Abgeordnete – neben ihren hohen Spesen für ihren Aufenthalt in Brüssel (neben den genannten Flugspesen und der Erstattung von Mitarbeiterkosten z. B. eine Aufwandspauschale von 3946 Euro monatlich und ein Tagegeld von 279 Euro) – einheitlich rund 7400 Euro Monatsgehalt bekommen. Dann werden EU-Abgeordnete etwa aus Polen oder Tschechien sehr viel mehr haben als ihre Staatspräsidenten.
Die 2003 eingeführte europäische Parteienfinanzierung missachtet die Empfehlungen des Europarats und ignoriert sämtliche Vorkehrungen, die das Bundesverfassungsgericht in Deutschland durchgesetzt hat, um Missbrauch zu verhindern.[4]
Schließlich erscheinen die Gehälter von EU-Kommissaren, Beamten und Richtern überzogen. Ein Mitglied des Europäischen Gerichtshofs verdient fast dreimal soviel wie ein deutscher Bundesrichter.

[1] Näher Hans Herbert von Arnim, Das Europa-Komplott, Hanser München 2006.

[2] Von Arnim, Das Europa-Komplott, 128 ff. Jüngste Beispiele für den Aberwitz der EU-Strukturpolitik finden sich in: Der Spiegel 12/2007 vom 19.3.2007, S. 90 ff.

[3] Von Arnim, „Fraudulent and inacceptable"? The uncontrolled growth in allowances in the European Parliament, in: European Law Review 2004, 698 ff.

[4] Von Arnim/Martin Schurig, The European Party Financing Regulation, Lit Münster 2004

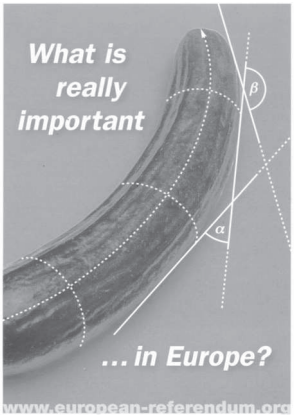
Empfehlungen für die Zukunft

Der Verfassungsvertrag, den Bundeskanzlerin Angela Merkel „retten" will, bringt nicht wirklich Abhilfe. Durch seine Festschreibung würden die erforderlichen Reformen eher auf Dauer abgeblockt. Aus unserer Sicht empfehlen sich unter anderem folgende Änderungen:

1. Direktwahl eines Konvents zur Erarbeitung einer neuen Verfassung und europaweite Abstimmung über den Entwurf
2. Volksabstimmungen über spätere Änderungen der Verträge in allen Ländern. Oder sind die Deutschen, denen dieses Recht vorenthalten wird, etwa Bürger zweiter Klasse?
3. Volksabstimmungen über Erweiterungen der Union in allen Ländern.
4. Herstellung wirklicher Direktwahl von deutschen EU-Abgeordneten. Das starre deutsche Listenwahlrecht führt dazu, daß die Parteien bestimmen, wer ins Europäische Parlament kommt, nicht die Wähler. Wen die Parteien auf sichere Listenplätze setzen, dem können die Wähler nichts mehr anhaben.
5. Durchsetzung einer länderübergreifenden wirklichen Europawahl statt der bisherigen 27 unterschiedlichen nationalen Wahlen über Europaabgeordnete.
6. Keine Mehrheitsentscheidungen im Rat über die Köpfe ganzer Völker hinweg
7. Katalog mit klaren Kompetenzen der EU
8. Errichtung eines Subsidiaritätsgerichtshofs mit wirklich unabhängigen Richtern, der den schleichenden EU-Imperialismus unter Kontrolle hält.

Europaweite Direktwahlen und Volksabstimmungen hätten einen wichtigen Zusatzeffekt: Sie würden die Bildung einer europäischen öffentlichen Meinung und die Entfaltung europäischer Parteien wirksamer als alles andere fördern und wären damit das beste Mittel zur Bildung einer gewissen europäischen Identität, die für das weitere Entwicklung der Demokratie in der EU von kaum zu überschätzender Bedeutung ist.

Prof. Dr. Hans Herbert von Arnimist Dipl.-Volkswirt und Rechtswissenschaftlerr an der VerwaltungshochschuleSpeyer



oben rechts: Gerald Häfner, Mehr-Demokratie-Bundesvorstand, bei der Eröffnungsrede

oben links: Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Verfassungsrechtler

unten: Blick auf das Plenum der EU-Konferenz

Europa – nicht ohne uns...

Wie kommen wir zu einer demokratischen EU?
Eine Positionsbestimmung von Mehr Demokratie e.V.

Europa? Was ist das eigentlich? Das fragen sich viele Menschen immer öfter. Und leider ist vielen Menschen 50 Jahre nach der Gründung dieses Europas die Antwort auf diese Frage fast egal. Europa ist ihnen zu kompliziert.

> *„Die Menschen sind verunsichert, und sie sind zunehmend zurückhaltend und skeptisch gegenüber der EU, weil sie den Integrationsprozess nicht mehr durchschauen. weil sie das Gefühl einer immer stärkeren, oft sachwidrigen Zentralisierung von Zuständigkeiten beschleicht, und weil sie nicht erkennen können, wer für welche Politik verantwortlich ist."* Roman Herzog

Europa ist undurchschaubar geworden. Und – schlimmer noch: Europa ist nicht demokratisch!

Wie arbeitet die EU?

Jean-Claude Juncker, Premierminister von Luxemburg, beschreibt die Arbeit der EU so: *„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."*
Auf diese Art und Weise werden die Menschen in Europa von der Politik der EU bevormundet. Schuld daran sind auch die politischen Entscheidungsstrukturen der EU. Denn sie sind unzulänglich, intransparent und wenig demokratisch.
Eine zentrale Rolle spielt dabei der EU-Ministerrat. Er besteht aus Fachministern der jeweiligen Mitgliedstaaten, also aus Vertretern der Exekutive. Gleichzeitig ist der Ministerrat aber Teil der europäischen Legislative, hier werden Verhandlungen geführt und Gesetzesvorhaben beschlossen. Dies widerspricht allen Grundsätzen der Gewaltenteilung, die unserer Demokratie als konstituierendes Prinzip zugrunde liegt.

> *„Die institutionellen Strukturen der EU leiden in besorgniserregender Weise unter einem Demokratiedefizit und einer faktischen Aufhebung der Gewaltenteilung."* Roman Herzog

Hinzu kommt: **Das EU-Parlament ist kein echtes Parlament.** Es wird zwar alle fünf Jahre von einer stetig kleiner werdenden Wählerschaft gewählt. Aber es hat keinerlei Initiativrecht für Gesetzesvorschläge. – Anstöße für die Politik der EU gehen allein von den EU-Kommissaren aus. Außerdem ist das EU-Parlament nicht berechtigt, die Kommission vorzuschlagen und zu wählen. Das Parlament erhält lediglich das Recht, die EU-Kommissare zu bestätigen, eingesetzt werden sie von den Regierungen. Und es hat im Unterschied zu nationalen Parlamenten kein volles Budgetrecht. Die EU-Kommission führt also die Geschäfte Europas. Die Regierungschefs und Minister treffen die wichtigen Entscheidungen.
Brüssel ist außerdem ein Mekka der Lobbyisten.
Zur Zeit mischen rund 15.000 Interessenvertreter vor Ort in der Politik mit. Hinzu kommen mehr als 200 multinationale Konzerne mit ihren Verbindungsbüros. Lobbyismus in Brüssel ist ein Demokratie-Problem. Denn im Gegensatz zum Bundestag, der auf wissenschaftliche Beratung zurückgreifen kann, hat das EU-Parlament keine wissenschaftlichen Dienste. Lobbyisten können sich auf EU-Ebene weit häufiger direkt als Politik-Berater verdingen.

Was regelt die EU alles?

Die EU greift in fast alle Bereiche der Politik ein. Das beginnt bei detaillierten Verordnungen, die die Länge und Dicke von Bananen vorschreiben und reicht bis hin zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.
Laut „Verordnung (EG) Nr. 2257/94 der Kommission vom 16. September 1994 zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Bananen" müssen Bananen, die in die EU eingeführt werden und auch die innerhalb der EU produzierten Bananen, eine Länge von mindestens 14 cm und eine Dicke von mindestens 27 mm besitzen. Das Messverfahren wird dabei insofern vorgeschrieben, dass die Länge der Frucht über ihre Außenwölbung vom Stielansatz bis zum Blütenende gemessen und die Dicke der Frucht durch den Durchmesser in der Mitte der Frucht bestimmt wird.
Immer mehr Gesetze werden nicht mehr im Bundestag, sondern in der EU gemacht. Das Bundesjustizministerium hat für die Jahre 1998 bis 2004 die Zahl der Gesetzgebungsverfahren Deutschlands und die Zahl der Rechtsakte der Europäischen Union gegenübergestellt.
Das Ergebnis: 18.917 EU-Gesetze wurden in Brüssel erlassen, nur 4.250 Gesetze in Berlin!

Ausschließlich die EU wird gesetzgeberisch tätig u.a. beim Zoll, der Währung, der Festlegung von Wettbewerbsregeln für den Binnenmarkt oder beim Außenhandel. Eingreifen, und damit das Handeln der Mitgliedstaaten verdrängen, kann die EU u.a. aber auch in die Innen- und Rechtspolitik ihrer Mitgliedstaaten, in die Umwelt- und Sozialpolitik, in den Verbraucherschutz und die Energiepolitik oder bei Sicherheitsanliegen im Bereich des Gesundheitswesens. Bei Industrie, beruflicher Bildung Jugend und Sport, Kultur,

EUROPA nicht ohne uns!

Tourismus oder Katastrophenschutz hat die EU Koordinierungs- und Ergänzungskompetenzen.
Ein zentrales Grundprinzip der EU ist der „Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung". Er besagt, dass die Union nur für die Bereiche zuständig ist, für die ihr ihre Mitgliedstaaten Aufgaben ausdrücklich zugewiesen haben. Doch laut der Flexibilitätsklausel der EU-Verfassung kann die EU diesen Grundsatz umgehen und Maßnahmen ergreifen, wenn der Ministerrat dies einstimmig beschließt und das Europäische Parlament zustimmt.
Eine ähnliches Schlupfloch ist eine bestimmte Klausel, die sich auf den Gemeinsamen Markt bezieht. Diese Generalklausel war in der Vergangenheit eine der am häufigsten genutzten Rechtsgrundlagen der EU, immer mehr Politikbereiche an sich zu ziehen.

Eine EU-Verfassung für mehr Demokratie?

Im Jahr 2001 war den europäischen Regierungschefs sogar selbst klar, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Sie verabschiedeten eine Erklärung, die zu mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz verpflichtet. Umgesetzt werden sollte dies in einer neuen Verfassung. Doch wie transparent und demokratisch ist diese EU-Verfassung? Schon der Weg hin zu dieser EU-Verfassung war bedenklich.
Der Konvent, der die Verfassung ausarbeitete, wurde nicht demokratisch gewählt. Seine Arbeit war weder transparent noch offen für die Vorschläge der Menschen, die in diesem Europa leben. Die Sitzungen des Konvents waren zwar öffentlich, doch dort fielen keine Entscheidungen. Entschieden wurde allein im Präsidium des Konvents, das nichtöffentlich tagte und von dessen Beratungen keine Protokolle vorliegen.
Die Erarbeitung der neuen Verfassung erfolgte unter enormem Zeitdruck. Wesentliche Teile, wie z.B. der gesamte Teil III, der 321 der insgesamt 448 Artikel umfasst, konnten kaum diskutiert werden. Heraus kam eine Verfassung für Europa, die sich formal in keiner Weise von früheren Vertragswerken der EU unterscheidet. Sie umfasst insgesamt – also inklusive aller Protokolle, Erklärungen und Anhänge – 852 Seiten.
Öffentliche Debatten zu dieser Verfassung schienen in vielen EU-Staaten nicht erwünscht. Ein besonders krasses Beispiel ist Litauen: Hier wurde die EU-Verfassung zu einem Zeitpunkt ratifiziert als sie noch nicht einmal im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden war. Erst nach der Ratifikation wurde bekannt, dass der ins Litauische übersetzte Verfassungstext, der da ratifiziert worden war, 400 Übersetzungsfehler enthielt.

Die Ratifikation war nur in neun der 27 EU-Mitgliedstaaten durch Volksentscheid vorgesehen. In den anderen Ländern ratifizierten die Parlamente – auch in solchen, in denen sich eine große Mehrheit der Bevölkerung für ein Referendum ausgesprochen hatte. **In Deutschland z. B. waren 80 Prozent der Bevölkerung für eine solche Volksabstimmung.** Dennoch lehnte der Bundestag im Mai 2005 einen entsprechenden Gesetzentwurf, der ein Referendum ermöglicht hätte, mit einer Mehrheit von 96 Prozent ab. In Frankreich und den Niederlanden wurde kurz danach die EU-Verfassung per Referendum abgelehnt. Damit konnte die notwendige Einstimmigkeit innerhalb der EU nicht erzielt werden.
Der Verfassungsvertrag ist somit gescheitert.

Dennoch versucht Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) als amtierende EU-Ratspräsidentin alles menschenmögliche, um den alten Verfassungsvertrag wiederzubeleben. Ihr scheint egal zu sein, dass dieser Verfassungsvertrag längst auf den Müllhaufen der EU-Geschichte gehört.
Sie denkt nicht daran die Bevölkerung zu beteiligen. Noch nie wurden die deutschen Bürger bei einer Vertragsreform gefragt. Ob es um den europäischen Binnenmarkt ging, den Maastricht-Vertrag und die Einführung des Euro – nie hielten es die Regierenden für nötig, diese Fragen das Volk entscheiden zu lassen. Das kann so nicht weiter gehen!

Wo bleiben die europäischen Bürgerinnen und Bürger?

Nach den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden ist es heute dringend notwendig, Europa neu zu denken. Wer, wie die EU-Kommission sagt, „das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen" will, der muss darüber diskutieren, wie Europa demokratisch werden kann, wie es aussehen kann und soll.
Und das geht nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas. Denn ein Europa ohne Beteiligung und Akzeptanz seiner Bürgerinnen und Bürger hat dauerhaft keinen Bestand. Die EU muss sich daher unausweichlich die Demokratiefrage stellen. Denn ohne eine Antwort auf diese Frage wird Europa in seiner jetzigen Form keine Berechtigung und keine Zukunft haben.

Mehr Demokratie und zahlreiche Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft schlagen daher einen demokratisch gewählten Konvent vor, der einen neuen Verfassungsentwurf oder Grundlagenvertrag ausarbeiten soll.
Begleitet werden muss seine Arbeit von einer breiten Diskussion in und mit der Bevölkerung Europas. Das Ergebnis soll dann zeitgleich in allen Mitgliedstaaten zur Volksabstimmung gestellt werden.

Europa – nicht ohne uns! !

Schlussaktion an der Siegessäule

Krönender Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas war der Fototermin an der Siegessäule in Berlin. Bei strahlendem Sonnenschein und in ganz unmittelbarer Nähe zur offiziellen Europafeier an Reichstag und Brandenburger Tor fanden sich insgesamt ca. 50 Organisatoren, Teilnehmer und Journalisten zum Foto- und Interviewtermin ein. Zwei Kleintransporter mit Plakaten auf Deutsch und Englisch, auf denen das Ergebnis einer europaweiten Umfrage zu lesen war, waren extra für diesen Tag gebucht worden. 372 Millionen Europäer sprachen sich in dieser Umfrage für ein Referendum über eine zukünftige EU-Verfassung aus. Dieses Ergebnis bestätigte das europaweite Interesse der Europäerinnen und Europäer an der zukünftigen Gestalt Europas und das Gewicht, das den Bürgern Europas innerhalb der europäischen Politik zustehen sollte.

Der zentrale Ort und die Nähe zur 50 -Jahr-Feier der Europäischen Union im Regierungsviertel Berlins erwiesen sich als sehr vorteilhaft: Nicht wenige der Passanten und Touristen drehten sich mehrmals nach den Wagen und deren Botschaft um, als sie an den Transportern vorbeigingen. Einige Journalisten und ein Kamerateam von sat1 waren anwesend, als ein Gruppenfoto aller Anwesenden gemacht wurde und Roman Huber, Geschäftsführer von Mehr Demokratie e.V., mit viel Einsatz auf eines der Plakate auf den Kleintransportern stieg und ein originelles Foto lieferte. Nach dem Fototermin vor Ort fuhren die Transporter mit ihrer Botschaft zwei weitere Stunden durch Berlins Innenstadt und versuchten die Besucher der offizielle Europafeier am Brandenburger Tor auf die derzeit wahre Gestalt Europas aufmerksam zu machen.

Diese letzte öffentliche Veranstaltung der EU-Konferenz bot allen Organisatoren und Teilnehmern die Möglichkeit, die gelungene Konferenz würdig ausklingen zu lassen und die Grundforderung des Kongresses noch einmal deutlich zu machen: „Europa – nicht ohne uns!" *Franziska Bock*

Demokratie & Wirtschaft

Ein delikates Wechselverhältnis... Jahrestagung 2007 von Mehr Demokratie vom 13. bis 15. Juli in Eisenach

Nicht erst seit das Zeitalter der Globalisierung angebrochen ist, stehen Demokratie und Wirtschaft in einer spannungsreichen wechselseitigen Beziehung zueinander: Einerseits ist das marktwirtschaftliche System bislang das einzige, in dem Demokratie dauerhaft gewährleistet werden konnte – andererseits stehen die Gesetzmäßigkeiten einer am Profit orientierten Wirtschaft den Ansprüchen einer am Allgemeinwohl und an weitgehender Selbstbestimmung orientierten Demokratie des Öfteren entgegen. Die **Jahrestagung 2007** von Mehr Demokratie e.V. möchte dieser komplexen Wechselwirkung und ihren verschiedenen Aspekten auf den Grund gehen: Haben direktere Formen der Demokratie positive Auswirkungen auf die Wirtschaft? Wie wirkt sich wirtschaftliche Ungleichheit auf die demokratischen Einflussmöglichkeiten aus? Wie kann dem Einfluss mächtiger Lobbys auf die demokratischen Instanzen Einhalt geboren werden? Wie steht es mit dem bürgerschaftlichen Einfluss im Bereich der kommunalen Unternehmen, die einer zunehmenden Tendenz zur Privatisierung ausgesetzt sind? Diese und andere Fragen werden bei dieser Tagung im Mittelpunkt stehen.

Freitag, 13. Juli 2007

17 Uhr Anreise/ Einchecken

18 Uhr Abendessen

19 Uhr Begrüßung

20 Uhr Eröffnungsvortrag: "Wirtschaft, Demokratie und Glück – kann das zusammen gut gehen?" *Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Universität Fribourg*

Samstag, 14. Juli 2007

8 Uhr Frühstück

9 Uhr Mehr Demokratie und die Wirtschaftsordnung - was hat beides miteinander zu tun? *Gerald Häfner, Vorstandssprecher Mehr Demokratie e.V.*

10 Uhr Vorstellung der ersten vier Arbeitsgruppen

10.30 Uhr Arbeitsgruppen I

- Vom homo oeconomicus zum homo democraticus? Oder: wie wird der Mensch demokratiefähig? *Prof. Dr. Jürgen Maes, Universität der Bundeswehr, München*
- Demokratie und Marktwirtschaft: Bedingt das eine das andere? *Prof. Dr. Roland Eichenberger, Universität Fribourg*
- Lässt sich das Geldwesen demokratieverträglich gestalten? *Prof. Dr. Roland Geitmann, Fachhochschule Kehl*
- Wird unsere Demokratie abhängig von Wirtschaftsberatern und Experten? *Werner Rügemer, Publizist, Köln*

12.45 Uhr Plenum: Vorstellung der Arbeitsergebnisse

13.30 Uhr Mittagessen

14:30 Uhr "Markt der Möglichkeiten": Mehr-Demokratie-Initiativen stellen sich vor
- Offenes Angebot

15:30 Uhr Vorstellung der zweiten vier Arbeitsgruppen

16:00 Uhr Arbeitsgruppen II

- Möglichkeiten bürgerschaftlicher Einflussnahme bei staatlichen und privaten kommunalen Einrichtungen. *N.N., GLS-Bank*
- Wirtschaft und bürgerschaftliche Selbstverwaltung des Kommunalen Lebens. *Klaus-Michael Rothe, IHK Schwerin*
- Wirtschaftliche Ungleichheit und ihre Auswirkungen auf die Einflussnahme-Chancen in der Demokratie. *Dr. Christoph Strawe, Sozialimpulse, Stuttgart*
- Ohne eine Neubestimmung des Geldwesens bleibt die Demokratie Spielball der Wirtschaft. *Johannes Stüttgen, Unternehmen für Kunst und Wirtschaft erweitert, Düsseldorf*

18:30 Uhr Plenum: Vorstellung der Arbeitsergebnisse

19.15 Uhr Abendessen

20.30 Uhr Film „Wasser unterm Hammer“
über die Privatisierung der kommunalen Wasserwirtschaft und ihre Folgen für die Demokratie

Sonntag, 15. Juli 2007

8 Uhr Frühstück

9:30 Uhr Globalisierte Wirtschaft, Bürgergesellschaft und die Zukunft der Demokratie. *Sven Giegold, attac (angefragt)*

10.30 Uhr : Kaffeepause

11 Uhr Demokratie als Aktiengesellschaft? Einfluss von Unternehmen auf die demokratische Gestaltung. *Prof. Dr. Peter Grassmann, Die Umwelt-Akademie*

12 Uhr Feedback- und Abschlussrunde

13 Uhr Mittagessen / Abreise

Tagungsbeitrag

100,-Euro/Person inkl. MZ und Unterbringung im Neulandhaus (einfach)

120,-Euro/Person inkl. MZ und Unterbringung im Hotel Haus Hainstein (gehoben)

140,- Euro/Person inkl. EZ und Unterbringung im Hotel Haus Hainstein

Ermäßigung nach vorheriger Rücksprache möglich.
Weil der Tagungsbeitrag nicht die Gesamtkosten abdeckt, bitten wir sie um zusätzliche Spenden, wenn es ihnen möglich ist. Danke!
Kostenerstattung bei Stornierungen nur bis 1. Juli möglich!

Auf Wunsch auch vegetarisches Essen

Den Gesamtbetrag bitte unter dem Stichwort „Tagung 2006“ überwiesen auf das Konto 88 58 105, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 700 205 00.
(siehe auch beiliegenden Flyer)

Tagungsort

Hotel Haus Hainstein (siehe Foto)
Am Hainstein 16, 99817 Eisenach
Tel. 03691-2420
haushainstein@t-online.de / www.hainstein.de

Infos und Anmeldungen

Mehr Demokratie e.V.
Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin
c/o Diana Stahlberg
Tel. 030-4208 2370
Fax. 030-4208 2380
berlin@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de

Hotel Haus Hainstein am Fuße der Wartburg in Eisenach

Brüssel - das Herz Europas

Das 3-Tage-Highlight zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft: 17. bis 19.5.2007

Die Europäische Union bestimmt unseren Alltag — wie der Motor das Auto. Hier die Chance diesen Motor kennen zu lernen: die Örtlichkeiten und den Blick hinter die Kulissen unter kundiger Führung...

Das EU-Parlament

1. Zu Besuch im Europäischen Parlament: Wir werden von Abgeordnetenbüros empfangen, schauen uns um und hören einen Vortrag zur EU und dem Parlament in Brüssel!

Die Lobbymaschine UNICE

2. UNICE = Die Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände ist eine detailbesessene und sehr effizient arbeitende Lobbymaschine mit derzeit 39 Mitglieder aus 33 Ländern. Die UNICE ist seit 1958 die amtlich anerkannte Stimme der Wirtschaft innerhalb der EG bzw. EU. Was bedeutet, dass sie eine Carte blanche für den ungehinderten Zugang zu allen EU-Institutionen besitzt. Wir werden ihr einen Besuch abstatten! Mr. Kettelwell wird uns zunächst auf Englisch die Organisationsstruktur, die Arbeit(sweise) und die Ziele dieser Dachorganisation vorstellen, anschließend ist Zeit für kritische Fragen und Diskussion. Wer sich schon vorher informieren möchte: www.unice.org

Führung durch das Lobbyviertel

3. Ein Spaziergang durch das Lobbyviertel: Ulrich Müller von LobbyControl (Initiative für Transparenz und Demokratie) wird diese Führung leiten. Dabei wird er uns nicht die eigenwillige Architektur derjenigen Gebäude erläutern, in denen die EU- Institutionen und Lobbygruppen sitzen. Stattdessen werden wir erfahren, welche (Lobby-) Organisationen sich dort befinden und wie sie die Gesetzgebung in Europa beeinflussen oder schon beeinflusst haben. Nach unserem geführten Spaziergang gibt es Kaffee am absolut zentral gelegenen Place Luxembourg, mit der Möglichkeit Fragen zu stellen oder zu diskutieren!

Die Schweizer Botschaft

4. Die Schweiz besticht nicht nur durch ihr Regierungssystem der direkten Demokratie, sondern steht auch in einem besonderen Verhältnis zur Europäischen Union. „Die Schweiz in der EU" lautet der Vortrag, den wir uns in der Schweizer Botschaft in Brüssel anhören werden. Im Anschluss an die Präsentation gibt es Kaffee oder Tee.

Brüssel und die belgische Küche in geselliger Runde, mit persönlichen Freiräumen

5. Auch die kulinarische Seite Belgiens soll bei unserem Brüsseltrip nicht zu kurz kommen! An den beiden Abenden ist für uns in verschiedenen Restaurants mit typisch belgischer Küche reserviert. Trotzdem ist es natürlich jedem selbst überlassen, woanders zu essen oder die Gruppe nach dem Abendessen zu verlassen.

...und das alles für nur 111 Euro!

6. In diesem Preis enthalten sind:
- Busfahrt Köln-Brüssel, Brüssel-Köln; Fahrten vor Ort.
- 2x Übernachtung in einem 3-Bett-Zimmer im Hotel Etap, Dusche und Toilette in jedem Zimmer. (Einzelzimmer etc mit Preiszuschlag möglich.)
- 2x Frühstück
- sämtliche Kosten für Vorträge und Führungen, einschließlich Kaffee am Freitag und Samstag

Start: vom Kölner Hauptbahnhof aus (siehe unten). Diesmal erwarten wir nicht nur Mitreisende aus dem Bundesgebiet, sondern auch Gäste aus den Niederlanden und Belgien. Da wir nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen für diesen 3-Tage-Brüsseltrip haben, ist eine schnelle Anmeldung ratsam.

Programm für die Fahrt nach Brüssel

Donnerstag, 17.05

13.00 Uhr	Treffpunkt am Hauptbahnhof in Köln > Breslauer Platz
13.30 Uhr	Abfahrt mit dem Bus nach Brüssel
ca. 16.00Uhr	Ankunft im Hotel in Brüssel
18.00 Uhr	Abfahrt zum Abendessen
	Rückfahrt zum Hotel nach Absprache

Freitag, 18.05

Ab 8.00 Uhr	Frühstück
9.30 Uhr	Abfahrt vom Hotel
10.00 Uhr	Besuch des Europaparlaments
12.30 Uhr	Mittagspause
13.30 Uhr	Besuch der Schweizer Botschaft
15.30 Uhr	Abfahrt zu UNICE
16.00 Uhr	Besuch der UNICE
17.30 Uhr	Rückfahrt zum Hotel
19.30 Uhr	Abfahrt zum Abendessen/Brüssel bei Nacht
	Rückfahrt zum Hotel nach Absprache

Samstag, 19.05

Ab 7.30 Uhr	Frühstück
9.00 Uhr	Abfahrt zur Führung durch das Lobbyviertel
9.30 Uhr	Führung ab Rond- Point Schumann mit
12.00 Uhr	Rückfahrt nach Köln vom Place Luxembourg
ca. 14.00 Uhr	Ankunft Köln HBF

Unsere Unterkunft:
Hotel Etap Brusseles Airport, Bessenveldstrasse 17c, 1831 Diegem, Tel.:+ 32 (0)2 709 55 90

Anmeldung:
Anmeldeformular unter: www.mehr-demokratie/ausflug2007.html Bitte senden Sie die Anmeldung möglichst bis 16.04.2007 an Mehr Demokratie, Jägerwirtstr. 3, 81373 München, per Fax 089/8211176 oder per E-Mail an bayernbuero@mehr-demokratie.de

ACHTUNG ORTSÄNDERUNG!

Bundes-Mitgliederversammlung von Mehr Demokratie e.V.

am 28. April 2007 (11-17 Uhr) in der AWO Kassel

Die MV findet leider doch nicht - wie ursprünglich geplant - in der Orangerie in Kassel, sondern aufgrund der Insolvenz dieses Unternehmens nunmehr im **Bistro der Arbeiterwohlfahrt (AWO)**.
Auch die Tagesordnung hat sich etwas geändert: Auf „Platz 1" der inhaltlichen TOPS steht nunmehr der **Stand des Mitgliederbegehrens zur Urabstimmungspraxis**. Weitere Themenschwerpunkte sind die Landesvolksbegehren und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Mehr Demokratie befindet sich wieder in einer hochaktiven Phase, welche sich gleich in mehreren Volksbegehren in den einzelnen Bundesländern ausdrückt.

Tagesordnung (neu)

1. Formalia

2. Stand des Mitgliederbegehrens zur Urabstimmungspraxis

3. Politisches
3.1. Berichte aus den laufenden Volksbegehren:
- In Hamburg zur Rettung und Stärkung des Volksentscheids
- In Bremen für ein besseres Wahlrecht
- In NRW für die Erleichterung der Volksgesetzgebung
3.2. Berichte aus den Kampagnen in Vorbereitung:
- In Baden-Württemberg für die Erleichterung des Bürgerentscheids
- In Thüringen für die Erleichterung der Volksgesetzgebung
3.3. Aktionen und laufende Kampagne zur EU-Ratspräsidentschaft

4. Anträge
4.1. Offene Anträge der letzten Mitgliederversammlung u.a. zum Selbstauflösungsrecht des Bundestages
4.2 Budget 2007
4.3. Weitere Anträge

5. Sonstiges

Anträge und Anmeldungen:
bis zum 14. April 2007 an:
Claudine Nierth, Spiekerhörn 15
25335 Raa-Besenbek, Tel. 04121 – 26 14 75
claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Achtung: die Anträge und Vorlagen werden nur an die angemeldeten Teilnehmer 7 Tage vor der Mitgliederversammlung verschickt!

Ort: "Allee" Bistro und Saal / AWO Gesundheitshaus Wilhelmshöher Allee 32a, 34117 Kassel

Mit dem Zug:
Anfahrt mit dem Zug: ICE-Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe, von dort mit der Straßenbahn Linie 1/2/3 Richtung Innenstadt (Wilhelmshöher Allee runter) bis Station Weigelstraße.

! HINWEIS
Diesem Heft liegt ein FLYER mit dem Programm zur diesjährigen Jahrestagung bei:

Demokratie & Wirtschaft

Ein delikates Wechselverhältnis...

Jahrestagung 2007 von Mehr Demokratie vom 13. bis 15. Juli in Eisenach

Instant Sleep? Die Demokratie schläft nie!

Kurt Wilhelmi organisierte den Einsatz der Aktionsurlauber bei den Volksbegehren in Hamburg. Hier sein Bericht.

Aufbruch der Sammler. Links: Polittourist Kurt Wilhelmi

Konnten beim Volksbegehren für ein neues Wahlrecht im Spätsommer 2003 die Aktionsurlauber noch bei Manfred Brandt auf dem Bauernhof in großen Zelten nächtigen, so war für die Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid" in Anbetracht der kälteren Jahreszeit klar, dass eine Unterkunft in der Stadt mit einem festem Dach über dem Kopf gefunden werden musste. Die Wahl fiel auf das „Instant Sleep", ein backpacker-hostel in zentraler Lage mitten im belebten Schanzenviertel. Zumal dieses hostel über einen großen Aufenthaltsraum verfügt, dessen Mitnutzung uns gerne zugesagt wurde.
„Instant Sleep", das klingt nach einer Oase der Ruhe, in der eben sofort und unmittelbar einzuschlafen das Naheliegende ist. Doch die erste tatsächlich dort verbrachte Nacht zeigte mir, dass das Gegenteil der Fall war: hellhörige Wände und Fenster, die dem regen Straßenverkehr der Max-Brauer-Allee nichts entgegenzusetzen hatten. Hellhörige Wände und Böden, die die drei unmittelbar angrenzenden Musikkneipen und Diskotheken so hautnah miterleben ließen, dass es nicht nur ein akustisches Großereignis war, sondern auch ein dröhnend-vibrierendes.

Bild rechts: Polittourist Rafael aus Berlin vor dem Omnibus für direkte Demokratie

Die Nacht wurde zum Tag...

So ist es nicht verwunderlich, dass wir schnell dazu übergingen, nach getaner Arbeit die Nacht zum Tag zu machen: am Feierabend bis in die Puppen selbst zu feiern. So entwickelte sich ein geselliges Leben, an dem auch die Hamburger Aktivisten gerne teilnahmen und oft kamen, um mitzufeiern. Da wurde geredet, getrunken und gelacht. Jeden Abend gab es aufregende Tischfussballturniere. Und immer wieder wurde die Gitarre hervorgeholt, um Lieder anzustimmen. Besonders gerne denke ich an die Singrunden mit Jan Saffe aus Bremen, z.B. mit dem Beatles-Song „I wanna hold your hand" und dem Biermann-Lied „Wie nah sind uns manche Tote, und wie tot sind manche, die leben". Oder an die bayrischen Zupfklänge von Katharina von Bechtolsheim mit ihrem Lied: „Aber hait gibt's a Rehragout, a Rehragout, a Rehragout".

Flut von Anträgen auf Briefeintragung

Und das alles ohne schlechtes Gewissen! Denn wir durften uns mit unserer guten Stimmung eingebettet fühlen in die gute Stimmung, die in der ganzen Stadt herrschte. Alle Leute wussten Bescheid und es war geradezu eine Selbstverständlichkeit, die Volksbegehren zu unterstützen. Alle von der Hamburger CDU erzeugten Widrigkeiten, z.B. Amtseintragung nur bis 16 Uhr, Briefeintragung nur mit Briefmarke, wurden von den Hamburger Bürgern mit Leichtigkeit hinweggefegt. So wurden die Behörden mit dermaßen vielen Briefeintragungsanträgen überschwemmt, dass in ihnen das Chaos ausbrach und sie die Flut nicht mehr bewältigen konnten (siehe dazu den Artikel von Angelika Gardiner).

Fazit

War das etwa das Kalkül der Hamburger CDU: dass nach der Rückgängigmachung des neues Wahlrechts und der Erhöhung der Hürden für Volksabstimmungen die Bürger einfach einschlafen würden? Dass die Hamburger, nachdem ihnen ihre ersten demokratischen Errungenschaften wieder weggenommen wurden, in einen demokratischen Tiefschlaf verfallen würden? Instant Sleep? Das Gegenteil ist eingetreten! Von Schlafen keine Spur! Die Bürger waren wach wie nie und feierten ihre Souveränität. Und wir Aktionsurlauber durften daran teilhaben und mitwirken! Hamburgerinnen und Hamburger, vielen Dank!

Polittouristin Barbara Henschke aus Berlin beim Sammeln von Unterschriften

AKTUELLES & TERMINE

OMNIBUS unterwegs in NRW

Bis zu 4. Mai ist der weiße OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND für die Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen" in Nordrhein-Westfalen unterwegs. Die Bürger können sich am OMNIBUS über die Initiative informieren und direkt unterschrieben. Wird die Volksinitiative von 67.000 Menschen unterstützt, so muss sich der Landtag mit einem Gesetzentwurf befassen, mit dem die Bürgerinnen und Bürger bei den Kommunalwahlen durch Kumulieren und Panaschieren mehrerer Stimmen mehr Einfluss auf die Zusammensetzung des Gemeindeparlaments erhalten sollen. Die Tourdaten des OMNIBUS finden Sie unter *www.neues-wahlrecht.de/demokratietour.html*

OMNIBUS hilft in Südtirol

Im Mai wird der OMNIBUS die Alpen überqueren und bis zum Ende des Monats die Volksinitiative „Das bessere Gesetz zur Direkten Demokratie" unterstützen. Hier werden 13.000 beglaubigte Unterschriften benötigt. Die Initiative zielt auf einen Volksentscheid über die Senkung der Hürden für landesweite Volksabstimmungen.

Arbeitskreis SOZIALE PLASTIK

Am 30.Juni und 1.Juli findet in Wiesbaden auf Schloss Freudenberg der nächste Arbeitskreis SOZIALE PLASTIK statt. Er wird mit dem Vortrag „Gestaltungsansätze eines neuen Arbeitsbegriffs und die Frage des Einkommens" von Frank Wilhelmi aus Frankfurt eröffnet. Mehr Informationen und Anmeldung bei Regine Radke, Tel. 03643-494146

Das gemeinnützige Unternehmen **OMNIBUS** arbeitet als Schwesterorganisation in vielen Aktionen mit Mehr Demokratie e.V. zusammen. In Ergänzung zu Mehr Demokratie untersucht OMNIBUS die Frage, wie mit der Volksabstimmung neue kreative Potenziale erschlossen werden können, z.B. in der Gestaltung der Wirtschaftsform, in der Bearbeitung der Geldfrage und für das Schul- und Hochschulwesen. Die Texte auf diesen Seiten geben also nicht immer Mehr-Demokratie-Positionen wieder, sondern sind Berichte und Ergebnisse der OMNIBUS-Arbeit.

OMNIBUS gGmbH,
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-4280 4390 / Fax 030-4280 2190
berlin@omnibus.org / www.omnibus.org
www.aktionvolksabstimmung.de

„Volksabstimmung für Einkommen! Arbeit für Volksabstimmung!"

OMNIBUS hat ein Flugblatt entwickelt, das besonders folgenden Text enthält:

Wichtigste Arbeiten werden heute geleistet, ohne dass sie mit Einkommen versehen werden. Wichtigste Arbeiten werden aus dem gleichen Grund verhindert. Deswegen steht die Einkommensfrage auf der Tagesordnung: als Diskussionsgegenstand, als Abstimmungsgegenstand. Das Instrument dafür ist die Volksabstimmung. Dieses Instrument muss jetzt dringend von uns erarbeitet werden."

Dieses Flugblatt soll in den nächsten Monaten auf Veranstaltungen verteilt werden. Es kann, wie auch die Karten „Aktion Volksabstimmung" zur Einführung eines bundesweiten Abstimmungsrechts, im Berliner Büro des OMNIBUS bestellt werden.

Neue Bücher...

Europa mit Volksentscheid?

Das Werk bietet eine Neubewertung des Demokratiedefizits der EU in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen. Aus der Geistes- und Ideengeschichte wird die Notwendigkeit einer demokratischen Legitimation der europäischen Herrschaftsordnung hergeleitet.
Bewertungsmaßstab für das erforderliche Legitimationsniveau wird dadurch, dass alle Hoheitsgewalt in der EU von den Völkern der Mitgliedstaaten ausgehen müsste (Grundsatz der Völkersouveränität).
Anhand eines Systems von Mechanismen demokratischer Rückbindung wird gezeigt, dass eine solche Rückkoppelung der europäischen Politik an die Völker kaum stattfindet. Im zweiten Teil wird der mögliche Beitrag der direkten Demokratie zur Demokratisierung der EU untersucht. Hierbei werden praktische Vorschläge für eine Implementation verschiedener direktdemokratischer Verfahren gemacht.
Die rechtliche Kompatibilität mit dem bestehenden Institutionen- und Vertragsgefüge wird ebenso gewürdigt wie die Folgen für das politische System, den Prozess und den Inhalt der Politik. Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass die legitimierende Wirkung der vorgeschlagenen Verfahren

Soeben erschienen:
Demokratie in der Europäischen Union
Kritik und Alternativen
Mehr Demokratie e.V. will mit diesem Buch die Diskussion um die Demokratie in der Europäischen Union beleben. Neben einer funfierten Kritik werden auch Alternativen für ein demokratischeres Europa aufgezeigt.
Preis: 1,50 EUR
Bestellung über:
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Inhalt:

Europa – nicht ohne uns! *von Gerald Häfner*
Zwei unhaltbare Argumente
Aufbau und Gebrauch des Buches

1 Demokratie ohne Bürger – Die Zukunft der Europäischen Union

Teil I – Kritik: Die Bürger zum Zuschauen verurteilt
Die Integration: von oben diktiert
Der Konvent: keine Transparenz, keine Demokratie
Die Ratifikation: demokratisch ungenügend

Teil II – Alternativen:
Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden lassen
Ein demokratischer Konvent
Referendum über die Zukunft Europas

2 Der Superstaat – Macht in der Europäischen Union

Teil I – Kritik: Einflussnahme ohne Grenzen
Ausweitung der Zuständigkeiten der EU
Kompetenzaneignung ohne demokratische Kontrolle
Schwache Kontrollmechanismen

Teil II – Alternativen: Dezentrale Machtausübung

3 Staatschefs und Bürokraten – Die politische Verfasstheit der EU

Teil I – Kritik: Die Menschen werden nicht gefragt
Direkte Demokratie in der EU
Europäische Institutionen
Lobbyismus in der Europäischen Union
Ämter und Beamte

Teil II – Alternativen:
Volkssouveränität und Gewaltenteilung
Direkte Demokratie
Demokratische Institutionen

4 Krise als Chance

etwaige Nachteile für Systemstabilität oder Effizienz der EU kompensiert.

Winfried Veil: Volkssouveränität und Völkersouveränität in der EU. Mit direkter Demokratie gegen das Demokratiedefizit? Nomos-Verlagsgesellschaft 2007, 539 Seiten, 89 Euro

Konsens durch direkte Demokratie?

Mit einer neuartigen Kombination verschiedener Analyse-Ansätze der eidgenössischen Volksabstimmungen von Beginn des Bundesstaates bis 1947 zeichnet die Autorin den Verlauf des Konfessionskonflikts, das Verhältnis zwischen den Sprachgruppen, den Konflikt zwischen Stadt und Land und den Klassenkampf auf politischer Ebene sowie im Stimmvolk nach.
Dabei zeigt sich, dass die Konkordanz - hier als die Kooperation der vier großen Parteien verstanden - direkt wenig zur Beilegung der Konflikte beigetragen hat. Die politischen Akteure zeigten sich erstens in den Abstimmungskämpfen weniger auf Kompromiss bedacht als gemäss Konkordanztheorie angenommen wird. Zweitens hatten die politischen Eliten nur einen limitierten Einfluss auf das Stimmverhalten der Bevölkerung.

Regula C. Zürcher: Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, Haupt-Verlag, 466 Seiten, 36 Euro

Leserforum

Zu „Vom Verfall der repräsentativen Demokratie" von Franz Thedieck, md 1/07

Als langjähriges Mitglied der Kuratoriums von Mehr Demokratie e.V., das sich seit Langem insbesondere politisch und publizistisch - etwa auch als Münchner Bürgermeister und Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsauschusses des Bayrischen Landtags in Demokratiefragen - engagiert hat, bin ich über den Aufsatz Thediecks sehr enttäuscht. Da werden auftretende Mängel schlicht generalisiert. Auch die direkte Demokratie wird davon nicht verschont und vor allem „gravierende Schwächen" hervorgehoben. Schwachstellen der parlamentarischen Demokratie werden als quasi unabänderlich dargestellt und die in diesem Raum Tätigen - zu denen eigentlich auch die Wählerinnen und Wähler gehören – unter einem Generalverdacht des Egoismus und Ämterschachers gestellt. Das ist so ähnlich, als ob in der Wirtschaft – bei aller Reformnotwendigkeit zugunsten der Allgemeinheit und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – generell eine schlimme Verwicklung in Straftaten wie bei Mannesmann, VW oder Siemens gegeben wäre. Was sollen von solchen Pauschalurteilen gegen die Politik etwa die in über 2000 Städten und Gemeinden Bayerns meist ehrenamtlich tätigen unzähligen Kommunalpolitiker denken? Die zu Recht beklagte Unzufriedenheit mit der Politik wird durch schiefe Verallgemeinerung nur verstärkt.
Viele der „Verbesserungsvorschläge" Thediecks haben keinen demokratischen Ansatz oder gehen von nicht vergleichbaren Verhältnissen aus. Wollen wir wirklich „primaries", wenn wir sehen, welch wichtige Rolle die Phasen des Spendensammelns mit ihren sündteuren Dinnern und Superspenden spielen? Auch in den USA gilt die Begrenzung der Macht auf zwei Wahlperioden für den Chef der Präsidialdemokratie mit der ungeheuren Machtkonzentration auf eine Person, nicht aber für Mitglieder des Kongresses als der Volksvertretung.
Am schädlichsten für den gemeinsamen Kampf in Mehr Demokratie e.V. ist aber die gemeinsame Berufung auf Carl Schmitt, Hans Kelsen und Max Weber. Bei der Anmerkung, sie gehörten ganz verschiedenen politikwissenschaftlichen Schulen an, müsste Thedieck dann aber auch ehrlich darauf hinweisen, was dies für Carl Schmitt bedeutet. Er war einer der bedeutendsten intellektuellen Wegbereiter der Nazi-Diktatur. Er hatte in seiner 1928 erschienenen Verfassungslehre noch eindrucksvoll die rechtsstaatliche Funktion des Gesetzesbegriffes hervorgehoben, schwankte dann aber schnell völlig um. Das Gesetz war nach ihm dann „Plan und Wille des Führers". Er gehörte zu den Staatsrechtslehrern, die der Auflösung der rechtstaatlichen und demokratischen Ordnung Vorschub leisteten. Carl Schmitt war sich auch nicht zu schade, von „artfremden" jüdischen Rechtsgelehrten wie auch namentlich Hans Kelsen zu sprechen. Als „Reichsgruppenwalter" gestaltete er 1936 die Tagung „Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist". In seinem Schlusswort forderte er die vollständige bibliografische Erfassung jüdischer Autoren und die Säuberung der Bibliotheken. Die von ihm geforderte Kenntlichmachung der jüdischer Abstammung bei Zitaten wird heute zu Recht als „literarischer Judenstern" in der Rechtswissenschaft bezeichnet.
Nach dem Ende der Nazidiktatur versuchte er, wieder andere Töne anzuschlagen. Das rechtfertigt es aber auf keinem Fall, ihn so unreflektiert als Zeugen anzuführen, wie dies Thedieck tut. Der deutschen Demokratie hat es auch keinen guten Dienst erwiesen, wenn man an die Wandlungen des Herrn Globke denkt.
Wir können auf verschiedene Weise für Mehr Demokratie kämpfen, sollten dies aber so tun, dass wir Demokratie insgesamt stärken, dabei nicht ihren Grundlagen schaden.
Klaus Hahnzog, München

MITDISKUTIEREN!
In dieser Ausgabe finden Sie eine Fülle von spannenden Themen. Falls Sie Interesse haben, sind Sie herzlich eingeladen, ihre Positionen zu den verschiedenen Themen zu artikulieren und einzusenden. Am Besten per email an: zeitschrift@mehr-demokratie.de

Demokratiebedarf

Bücher, Werbematerial, Druck- und Versand

Per Fax an: 089-82 111 76

Demokratiebedarf e.V.
Jägerwirtstrasse 3, 81373 München, Tel.: 089-8211774, mitgliederservice@mehr-demokratie. de

Ich bestelle

die auf der Bestellliste angegebenen Waren.

Ich bezahle

- ☐ mit beiliegendem **Scheck**
- ☐ mit einmaliger **Lastschrift** von meinem

Konto _____

BLZ _____

Bank _____

- ☐ gegen **Rechnung**

Datum/ Unterschrift

Meine vollständige Anschrift ist:

Lieferanschrift

	EURO Einzelpreis	Bestellte Anzahl	Euro Gesamtpreis
Einführende Literatur			
H. K. Heußner/Otmar Jung (Hg.): Mehr direkte Demokratie wagen. Volksbegehren und Volksentscheid: Geschichte, Praxis, Vorschläge. 24 Autoren analysieren und berichten, 380 Seiten, 1999	12,68		
Theo Schiller: Direkte Demokratie - Eine Einführung Einführungsbuch der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie Marburg, 200 S., 2002	15,90		
NEU Otmar Jung / F.-L. Knemayer: Direkte Demokratie Aspekte, Möglichkeiten und Widersprüche direkter Demokratie, dargestellt von einem Befürworter und einem moderaten Kritiker direkter Demokratie	2,50		
Studien zur Direkten Demokratie			
Kirchgässner/Feld/Savioz: Die direkte Demokratie. Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig Fulminates Plädoyer und Studie von drei Wirtschaftswissenschaftlern, Uni St. Gallen	**23,-**		
Demokratiereform – Anstöße zu einer ordnungspolitischen Diskussion Direkte Demokratie und Wirtschaft, Neubestimmung der Staatsaufgaben, Parteien- und Parlamentsreform, u.a., Hrsg. UNI-Institut 107 Seiten, 1995	2,-		
Peter Neumann/ St. v. Raumer: Die Verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Volksgesetzgebung Am Beispiel der Verfassung von NRW werden rechtliche Streitfragen zur Direkten Demokratie behandelt, Gutachten von Rechtsanwalt P. Neumann und den Staatsrechtslehrern Ch. Degenhart, St. Muckel, M. Sachs, H. Sieckmann, 1999, 245 S.	20,-		
Theo Schiller (Hg.): Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis Erfahrungen mit Bürgerentscheiden in Gemeinden und Städten. Auswirkungen auf Akteure und politische Öffentlichkeit. 228 S., 1999	17,50		
Theo Schiller / Volker Mittendorf (Hg.): Direkte Demokratie Forschung und Perspektiven. Sammelband mit einem aktuellen Überblick über den Stand der Wissenschaft zur Direkten Demokratie, 400 S., 2002	20,-		
Andreas Paust: Direkte Demokratie in der Kommune Mit zwei Fallbeispielen. Auswirkungen gesetzlicher Regelungen, Effekte, Verbesserungsvorschläge, 2000, 280 S.	8,-		
Otmar Jung: Grundgesetz und Volksentscheid Der Parlamentarische Rat lehnte die Direkte Demokratie nicht wegen schlechter „Weimarer Erfahrungen" ab, sondern damit KPD/SED sich dieses Instruments nicht bedienen konnten. Umfangreiche historische Studie, 368 Seiten, 1994	17,-		
Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie Politik ohne Verantwortung, das System der organisierten Verantwortungslosigkeit, Volksentscheid und Föderalismus als Lösung, brillante Analyse, 2000, 352 S. - Taschenbuchausgabe: 9,90	21,-		
Jaroslav Langer: Grenzen der Herrschaft Studie moderner Herrschaftsstrukturen, Entwurf einer herrschaftsfreien Staatsstruktur. 334 S., 1988	15,-		
M. Seipel/Th. Mayer: Triumph der Bürger. Packend erzählt: Die Erfolgsgeschichte von „Mehr Demokratie in Bayern" bis zum Volksentscheid 1995, viele Fotos, fester Einband, 200 Seiten	12,50		
"Ohne Bürger geit dat nich!"Erinnerungen an die Hamburger Kampagne zum Volksentscheid, herausgegeben von Angelika Gardiner	3,-		
Bürgerbeteiligung			
Peter C. Dienel: Die Planungszelle Alternative zur Establishment-Demokratie. Die konkrete Korrektur des politischen Systems. Vielfach erprobt. Förderungsbedürftig, da noch fast unbekannt.	15,-		
Bürgerbeteiligung und Demokratieentwicklung vor Ort. 20 Autoren: Runde Tische, Bürgerentscheide, Bürgergutachten, Anwaltsplanung, Ratschlag und Studienzirkel, Kinderbeteiligung, Mediation u.a. 192 S., 1997	7,-		
Aktions- und Werbematerial			
Mehr Demokratie: Argumente, Praxis, Vorschläge (ab 10 Ex. 1.50 EUR) Überblick und Einstieg in das Thema und über die Arbeit von MD	3,-		
Arbeitshilfe Fundraising. Ideen und Anregungen für ein konzeptionelles Vorgehen zur Mittelbeschaffung, A4, S. 96 -	5,-		
Mehr Demokratie – Faltblatt A4 inkl. Mitgliederwerbeformular	0,10		
Fotobuch „Menschen für Volksabstimmung" - kostenlos			
T-Shirt Mehr Demokratie Größe S ☐ L ☐ XL ☐ XXL ☐	2,50		
Aufkleber - ab 10 Stück: 0,10	0,25		
MD-Anstecknadel - ein Schmuckstück	1,50		
Luftballons - kostenlos	zzgl. Porto		
	Gesamt		

Vorstandsmitglieder Kontaktadressen

Ralf-Uwe Beck
Mehr Demokratie e. V.
Prellerstr. 8 - 99817 Eisenach
tel. 03691-212887 - fax 03691-212886
rubeck@t-online.de

Manfred Brandt
Mehr Demokratie e. V.
Mittelweg 12 - 20148 Hamburg
tel. 040-317 691 00 - fax 040-317 69 1028
brandt@hh-moorburg.de

Michael Efler
Mehr Demokratie e. V.
Greifswalder Str.4 - 10405 Berlin
tel. 030-420 823 70 - fax 030-420 823 80
michael.efler@mehr-demokratie.de

Gerald Häfner
Mehr Demokratie e. V.
Jägerwirtstraße 3 - 81373 München
tel. 089-821 17 74 - fax 089-821 11 76
gerald.haefner@web.de

Roman Huber
Mehr Demokratie e. V.
Jägerwirtstraße 3 - 81373 München
tel. 089-821 17 74 - fax 089-821 11 76
roman.huber@mehr-demokratie.de

Erhard O. Müller
Mehr Demokratie e. V.
Greifswalder Str.4 - 10405 Berlin
tel. 030-420 823 70 - fax 030-420 823 80
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Claudine Nierth
Mehr Demokratie e. V.
Mittelweg 12 - 20148 Hamburg
tel. 040-31 76 91 00 - fax 040-317 69 10 28
claudine.nierth@mehr-demokratie.de

Percy Vogel
Mehr Demokratie e. V.
Greifswalder Str.4 - 10405 Berlin
tel. 030-420 823 70 - fax 030-420 823 80
percy.vogel@mehr-demokratie.de

Susanne Wenisch
Mehr Demokratie e. V.
Jägerwirtstraße 3 - 81373 München
tel. 089-821 17 74 - fax 089-821 11 76
beratung@mehr-demokratie.de

Mehr Demokratie Büros & Service

Internet
www.mehr-demokratie.de
www.volksabstimmung.org
webmaster@mehr-demokratie.de

Büroadressen

Hauptstadtbüro Berlin & Brandenburg
Greifswalder Str.4 - 10405 Berlin
tel. 030-420 823 70 - fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1 - 70178 Stuttgart
tel. 0711-509 10 10 - fax 0711-509 10 11
bawue@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Jägerwirtstraße 3 - 81373 München
tel. 089-821 17 74 - fax 089-821 11 76
bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Schildstr. 12-19 - 28203 Bremen
tel. 0421-7946370 - fax 0421-7946371
tim.weber@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12 - 20148 Hamburg
tel. 040-317 691 00 - fax 040-317 69 1028
info@mehr-demokratie-hamburg.de

Landesbüro NRW
Mühlenstr. 18 - 51143 Köln-Porz
tel. 02203-59 28 59 - fax 02203-592862
nrw@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Klaus Auls, Sternstr. 9
61200 Wölfersheim
tel. 06036-981460 - fax 06036-981461
Klaus.Auls@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Rainer Stüttgen,
Klarastr. 25, 55116 Mainz,
Tel. 06131-905587,
Fax 06131-616654,
Email: rlp@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen
Margarete Gallhoff
Körnerplatz 4 - 04107 Leipzig
tel./fax 0341-914714
margaretegallhoff@t-online.de

Landesverband Schleswig-Holstein
Rolf Sörensen
Osterstr. 2 - 25821 Bredstedt
tel. 04671-93 02 56
MD-Schleswig-Holstein@gmx.de

Ansprechpartner Thüringen
Ralf-Uwe Beck
Prellerstr. 8
99817 Eisenach
tel 03691-212887 - fax 03691-212886
rubeck@t-online.de

Democracy International
Michael Efler
Büro Berlin
michael.efler@mehr-demokratie.de

Service

Service für Mitglieder und Förderer
Joe Högl , Büro München
tel. 089-821 17 74 - fax: 089-821 11 76
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Karin Flothmann, Büro Berlin
tel. 030-420 823 70 - fax 030-420 823 80
presse@mehr-demokratie.de

Zeitschrift „mehr demokratie"
Erhard O. Müller, Büro Berlin
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Internet
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de
Ronald Pabst (Redaktion)
pabst@european-referendum.org

Wissenschaft/Dokumentation
Frank Rehmet
Alsterdorfer Str. 4
22299 Hamburg
tel. 040-60082904 - fax. 040-600 82905
Frank.Rehmet@web.de

Europa- und Lobbyarbeit
Koordinationskreis
Michael Efler, Büro Berlin
michael.efler@mehr-demokratie.de

Finanzierung
Tim Weber, Büro Bremen
tim.weber@mehr-demokratie.de

Geschäftsführung & Kuratorium
Roman Huber, Büro München,
Roman.Huber@mehr-demokratie.de

Vorträge & Repräsentation
Gerald Häfner, Claudine Nierth
Erreichbarkeit: siehe Kontaktadressen

Arbeitskreis Europa/Welt
Ronald Pabst, Büro NRW
pabst@democracy-international.org

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Wenisch, Büro München
beratung@mehr-demokratie.de
tel. 089 - 8211774
fax 089 - 8211176

Arbeitskreis Neue Demokratie-Themen
Percy Rohde, Büro Berlin
percy.rohde@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach
Tel. 0421-7946370
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Archiv bis 1995
Grünes Gedächtnis - Eldenaer Str. 35
10247 Berlin
tel. 030-285 34-260
archiv@boell.de

Beratung von Bürgerbegehren
Für Beratungen wenden Sie sich bitte an das nächste Mehr Demokratie-Büro oder:
Mehr Demokratie, Büro München
Susanne Wenisch
tel. 089 - 8211774, fax 089 - 8211176
beratung@mehr-demokratie.de

Soweit nicht anders angegeben, gelten hier die Anschriften der genannten Büros.

Foto: Michael von der Lohe

Werden Sie Mitglied bei Mehr Demokratie e.V. > www.mehr-demokratie.de